

Die neue Regierung

Am Freitag, den 28. Feber 2003, wurde Österreichs neue Regierung durch Bundespräsident Dr. Thomas Klestil angelobt. Bundeskanzler Dr. Schüssel und Vizekanzler Mag. Haupt präsentierten das Regierungsprogramm

Wir haben die Zeit gut genutzt, um mit den Sozialdemokraten, den Grünen und der FPÖ auszuloten, wo tendenzielle Übereinstimmung besteht“, sagte ÖVP-Parteiboss Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel am Freitag (28. 02.) bei der Präsentation des gemeinsamen Regierungsübereinkommens mit dem designierten Vizekanzler Mag. Herbert Haupt. Schüssel wies darauf hin, daß dabei vieles außer Streit gestellt wurde und alle Parteien eine ähnliche Sicht der Problemlage dieses Landes hätten. „Österreich hat dafür eine ausgezeichnete Ausgangslage“, so der Bundeskanzler.

Bei der Präsentation der Grundzüge des Regierungsprogrammes (siehe den Überblick auf der Seite X) erklärte Schüssel, daß auch beim Thema Sicherheit in Österreich eine Strukturreform notwendig sei. Damit keine Parallelstrukturen existieren, sei es wichtig, die Zusammenlegung von Gendarmerie und Polizei fortzuführen. Um auch in Zukunft die Sicherheit der Österreicher zu gewährleisten, sei es wesentlich, daß der Beschaffungsvorgang der Abfänger fortgeführt werde.

„Die EU-Erweiterung ist eine historische Chance, die wir nutzen wollen“, erklärte der Bundeskanzler. Er wies darauf hin, daß in etwa einem Jahr mit der Aufnahme von zehn neuen Ländern in die Europäische Union eine wichtige Weichenstellung vorzunehmen sei, die zwischen ÖVP und FPÖ außer Streit stehe.

„Wir investieren auch in die Zukunft“, sagte Schüssel. Er kündigte eine gut angelegte Forschungsinitiative, eine Modernisierung der Universitäten sowie die Erhaltung von kleineren Schulen an. In Bezug auf Selbstbehalte solle noch ein geeignetes Modell ausverhandelt werden, das am Ende in die Hände der Sozialpartner gelegt werden solle. Man habe sich dabei mit der FPÖ auf ein „sozial-ökologisches und wirtschaftspolitisches Programm“ geeinigt, so der Bundeskanzler.



ÖVP-Obmann Dr. Wolfgang Schüssel ist seit 28. Feber wieder Bundeskanzler in einer ÖVP-FPÖ-Koalition

Alle Fotos: Bernhard J. Holzner / HOPI Media

Scheibner: Ein gutes Programm für Österreich

Der designierte Klubobmann der FPÖ, Abg. Herbert Scheibner, Scheibner stellte fest, es sei „von einer schwierigen Ausgangsposition bei doch einigen unterschiedlichen Betrachtungsweisen von wichtigen Kernkapiteln ist durch die intensiven bis hin auf die Bereichssprecher-Ebene verlaufenden Verhandlungen ein gutes Reformpapier für eine gute reformorientierte Politik für die Zukunft gelungen“.

In diesem Programm seien auch wichtige Zukunftsperspektiven verankert, wie etwa der Verfassungskonvent. Dabei werde eine Neuordnung des Verfassungssystems gestartet, betonte Scheibner. Auch sei Forschung und Technologie wieder ein wichtiger Schwerpunkt dieser Bundesregierung. Als Ziel sei die

Erhöhung der Forschungsquote auf 2,5 Prozent des BIP bis zum Ende dieser Legislaturperiode, da es in einem immer größer werdenden Europa wichtig sei, in diesem Bereich weiter zu kommen, sagte Scheibner.

„In der Europapolitik ist es nun eindeutig klar, daß wir uns zu diesem gemeinsamen Europa bekennen und auch die Erweiterung der Union unterstützen, aber es wird auf die Interessen Österreichs großer Wert gelegt.“ So werde das Einstimmigkeitsprinzip bei wichtigen Interessen unseres Landes, wie etwa Erhaltung der Wasserressourcen, beibehalten. Auch werde in den Fragen des Transits, der Atomkraft oder der Benes-Dekrete versucht, eine gemeinsame Lösung mit den betreffenden Partnerstaaten zu finden, stellte Scheibner fest.

Zum Thema Pensionen merkte Scheibner an, daß dabei die Sicht auf die Zukunft gerichtet werde. Im Regierungsprogramm werde nicht auf kurzfristige Maßnahmen zu Budgetsanierung zugegriffen, sondern es werde der Versuch gemacht, daß nicht nur den Pensionisten der Gegenwart garantiert werde, daß sie ihre Pensionen erhalten, sondern, daß auch die heute 30- bis 40jährigen in 25 Jahren noch eine gesicherte Pension erhalten können. So seien wichtige Weichen für die Zukunft gestellt worden, wie etwa die Unterstützung der zweiten und dritten Pensionssäule, des einheitlichen Pensionskontos und auch Maßnahmen für die Vereinheitlichung der verschiedenen Pensionssysteme, erklärte Scheibner.

Bei den Kurzfristmaßnahmen werde die soziale Gerechtigkeit mit der sogenannten „Hacklerregelung“ und mit den Beschäftigungsmaßnahmen für ältere Arbeitnehmer erreicht. Am 1. 1. 2004 werde es auch eine erste Entlastung der Steuerzahler im Zuge der ersten Stufe einer Steuerreform geben, so Scheibner.

Im Asylrecht sei klargestellt, daß das Recht auf Asyl für die wirklich Verfolgten sicher

Die neue Regierung

gestellt und sogar verbessert werde, aber es seien auch Schranken gegen den Mißbrauch eingesetzt werden, wie etwa raschere Asylverfahren, stärkere Kontrollen und konsequente Maßnahmen bei Mißbrauch des Asylrechts. Bei der Einwanderungspolitik werde der Grundsatz fortgesetzt, daß es eine Integration der hier lebenden Zuwanderer vor Neuzuwanderung gebe. „Es gibt auch keine Freigabe von Drogen welcher Art auch immer, sondern die Hilfe für die Süchtigen wird forciert“, so Scheibner.

„Es ist wirklich eine gutes Programm für die Zukunft Österreichs gelungen. Auch ist eine attraktives Personalpaket mit dieser Bundesregierung geschnürt worden“, schloß der Klubobmann.

Bures: Von Reformen ist nichts übriggeblieben

SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Doris Bures bemerkte, daß sich nach der Neubildung der schwarz-blauen Regierung zeige, „daß von den großen, notwendigen Reformen nichts übrig geblieben ist“. Es sei nichts weiter zu erwarten als einseitige Belastungen für die Bürger. „Die Interessen und Anliegen der Bevölkerung bleiben bei dieser Regierung auf der Strecke. Mehr Geld gibt es nur für Prestigesprojekte wie die Anschaffung der Abfangjäger“, so Bures. Sie verwies darauf, daß die Regierung Schüssel II mit 18 Mitgliedern, davon aber nur vier Frauen, größer und teurer sei als zuvor.

„Sichtlich fährt der Zug in die falsche Richtung, da weder große Reformen noch eine nachhaltige Budgetsanierung durch diese schwarz-blaue Regierung erfolgen werden“, unterstrich die SPÖ-Bundesgeschäftsführerin. „Im Regierungsübereinkommen vermißt man wirksame Maßnahmen gegen die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit genauso wie Maßnahmen zur Ankurbelung der Wirtschaft oder zur Reform des Gesundheitssystems.“ Auch beim Pensionssystem sieht Bures nur Änderungen zu Lasten der Menschen, aber keine Initiativen für faire und sichere Pensionen. „Es bestehen große Zweifel daran, daß sich diese Regierung im Interesse der Bevölkerung gebildet hat, vielmehr dürfte dahinter bloß das Interesse des Machterhalts stehen.“

„Die SPÖ ist eine konstruktive und gestärkte Oppositionspartei, die sich auf Basis der 12 Initiativen für ein modernes Österreich weiterhin für eine Reformpolitik im Sinne der Bevölkerung in Österreich einsetzen wird“, betonte Bures.

Öllinger: Offenbar werden nur neue Schulden erreicht

Karl Öllinger, der stv. Klubobmann und Sozialsprecher der Grünen, stellte fest, daß Schwarz-Blau 1 angetreten sei, um die Schulden der rot-schwarzen Vorgängerregierung angeblich zu tilgen: „Am Anfang von Schwarz-Blau 2 steht die Ankündigung eines neuerlichen Belastungspaketes. Die Frage stellt sich daher: Was hat Schwarz-Blau 1 in Sachen Budgetsanierung eigentlich erreicht? Offenbar nur neue Schulden.“ Schwarz-Blau 1 wollte hauptsächlich ausgabenseitig sanieren. Tatsächlich haben sie es nur einnahmenseitig gemacht mit dem Ergebnis, daß es am Ende von Schwarz-Blau 1 die höchste Steuerquote gebe, sagte Öllinger. Das, was nun bevorstehe, seien massive Eingriffe in das Pensionssystem mit Kürzungen bis zu 30 Prozent, wenn man die Perspektive bis 2020 im Auge behalte. Dazu kämen massive Probleme im Gesundheitsbereich. „Obwohl Schwarz-Blau 1 versprochen hat, den Gesundheitsbereich zu sanieren, steht am Beginn von Schwarz-Blau 2, daß eine Milliarde Euro zusätzlich aufgebracht werden muß. ÖVP und FPÖ haben dazu bis jetzt kein ausgereiftes Konzept vorgelegt, sondern wollen die Verantwortung zum großen Teil, wie etwa mit Selbstbehalten, an die Kassen abgeben“, so Öllinger.

Die restriktive Budgetpolitik und die Maßnahmen im Bereich der Pensionen werden zudem bis 2006 zu einem starken Ansteigen von Arbeitslosigkeit nicht nur bei Älteren, sondern auch bei jungen, in den Arbeitsmarkt Eintreten-Wollenden führen, deren Zukunftsperspektive damit vernichtet werde. „Darin zeigt sich der Zynismus und die Perspektivlosigkeit des Kabinetts Schüssel 2“, so Öllinger.

Leitl: Differenzierte Sicht der Wirtschaftskammer

Aus Sicht der Wirtschaftskammer Österreich sei das Koalitionsabkommen zwischen ÖVP und FPÖ differenziert zu bewerten, wie WKÖ-Präsident Dr. Christoph Leitl feststellte: „Auf der einen Seite enthält das Regierungsprogramm etliche richtige Reformansätze. Da ist das Vorhaben zu begrüßen, über die Legislaturperiode einen ausgeglichenen Staatshaushalt aufrechtzuerhalten. Neben dem Bekenntnis zur EU-Erweiterung und der vorgesehenen Begünstigung der Eigenkapitalbildung in Betrieben sind auch Reformansätze bei den Pensionen und im Gesund-

heitssystem Schritte in die richtige Richtung. Andererseits könnten die vorgesehenen einnahmenseitigen Schritte etwa im Bereich Energie mögliche positive Konjunkturimpulse dämpfen, die der Wirtschaftsstandort gerade angesichts der weltwirtschaftlichen Unsicherheiten dringend benötigen würde. Hier hätte man eher auf zusätzliche und weitergehende Strukturverbesserungen im Ausgabenbereich – etwa bei der Staats- und Verwaltungsreform – setzen müssen.“

Zusammengefaßt ließe sich für die Wirtschaft, so Leitl, sagen: „Die durchaus vorhandenen positiven Elemente des Koalitionspaktes rechtfertigen keine Ablehnung. Die Mehrbelastungen und verbliebenen offenen Punkte in zentralen Fragen ermöglichen aber auch keine vorbehaltlose Zustimmung.“

Positiv aus Sicht der Wirtschaft sind folgende Punkte des Koalitionsabkommens: Der klar erkennbare Wille zur Weiterführung notwendiger Reformen; Verbesserung der Eigenkapitalbasis der Unternehmen-Begünstigung des nicht entnommenen Gewinns für Einzelunternehmen und Personengesellschaften ab 2004; Stärkung des Risikokapitalmarktes und konsequentes Vertreten der österreichischen Anliegen bezüglich Basel II; Der Einstieg in eine zielgruppenspezifische Absenkung der Lohnnebenkosten für ältere Arbeitnehmer ab 2004; Eine Internationalisierungs- und Exportoffensive; Maßnahmen zu einer weiteren Flexibilisierung des Arbeitsmarktes (Frühwarnsystem, Verkürzung der Vermittlungsdauer, Zumutbarkeit) und der Arbeitszeit; Das Bekenntnis zu sozial gestaffelten Selbstbehalten im Gesundheitssystem sowie die Annäherung an ein gerechtes Pensionskontenmodell; Abschaffung der 13. Umsatzsteuer-Vorauszahlung ab 2004; Absenkung des KÖST-Steuersatzes von 34 auf 31 Prozent ab 2005; Das klare Bekenntnis der Regierung zum 2,5 Prozent-Ziel bei der Forschungsquote.

Kritisch beurteilt werde dagegen: Die steuerliche Begünstigung von nicht entnommenen Gewinnen für Kapitalgesellschaften fehle, obwohl dies für die Standort-Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen von höchster Bedeutung sei. Die Wirtschaft werde daher weiter für dieses Entlastungsvorhaben kämpfen. Zu viele einnahmenseitige Elemente sowohl im Bereich der Energiesteuern als auch im Gesundheitsbereich (Beitrags erhöhungen für Angestellte bei Beitragsvereinheitlichung) führe; die noch offene Lohnnebenkostensenkung soll erst 2005 statt wie ursprünglich geplant 2004 kommen; etliche offene Fragen in wichtigen Reformbereichen

Die neue Regierung

wie der Staats- und Verwaltungsreform, der Allgemeinen Unfallversicherung oder der Finanzierung des Forschungsbereichs (die nachhaltige, ausreichende Finanzierung ist nur gesichert, wenn die Mittel aus den OeNB-Reserven tatsächlich kommen und diese Mittel zusätzlich zu den budgetären 600 Mio. Euro zu verstehen sind; die 600 Mio. Euro wären nur 50 Prozent des für die Zielerreichung 2,5 / 3 Prozents Forschungsquote benötigten Geldes).

Verzetnitsch will Koalition gegen Arbeitslosigkeit

ÖGB-Vorsitzender Fritz Verzetnitsch sagte in einer ersten Stellungnahme, für die ArbeitnehmerInnen gehe der Belastungskurs wie gehabt weiter. Auch die „neue“ schwarz-blaue Bundesregierung plane vor allem die ArbeitnehmerInnen zur Kasse zu bitten, um die von ihr selbstverursachten Budgetlöcher zu stopfen. Verzetnitsch: „Die beiden Parteien haben weder echte, zukunftsweisende Reformen noch eine wirksame Koalition gegen die Arbeitslosigkeit zusammengebracht. Es stellt sich die Frage, für was wir eigentlich gewählt haben.“ Dabei seien gerade am Arbeitsmarkt sowie im Gesundheits- und Pensionssystem zukunftsweisende Reformkonzepte gefragt. „Österreich hat die seit Jahrzehnten höchste Arbeitslosigkeit unter Älteren, doch der neuen Bundesregierung fällt als Lösung nichts anderes ein als die Frühpensionen abzuschaffen“, kritisierte der ÖGB-Präsident. Wirksame Maßnahmen zur Vermeidung der Jugendarbeitslosigkeit und zur Förderung älterer ArbeitnehmerInnen am Arbeitsmarkt würden im Arbeitsprogramm der Bundesregierung fehlen. „Österreich braucht dringend eine Koalition gegen die Arbeitslosigkeit“, so Verzetnitsch, „doch darauf haben ÖVP und FPÖ keine Rücksicht genommen.“

Vor allem die Geldbeschaffung stehe im Mittelpunkt der Regierungspläne. „Am meisten zur Kasse gebeten werden wieder die ArbeitnehmerInnen.“ Verzetnitsch kritisierte weiter, daß bei den schwarzblauen Pensionskürzungsplänen vor allem jene Gruppe am stärksten betroffen sei, die ohnehin aufgrund ihrer Beiträge den höchsten Deckungsgrad habe und somit den geringsten Bundeszuschuß brauche: Die ASVG-Versicherten. ÖVP und FPÖ hätten keine Veränderungen in Richtung Beitragsgerechtigkeit geplant. Verzetnitsch: „Mit dieser Vorgangsweise wird das Vertrauen der Jungen in die Sicherheit der Pensionen nicht gestärkt.“ Der ÖGB-

Präsident fordert einen Konvent zur längerfristigen Absicherung des Pensionssystems unter Einbeziehung der Sozialpartner. Die Ergebnisse sollten in einem Optionenbericht zusammengefaßt werden und danach in einem breit angelegten Meinungsaustausch der Öffentlichkeit präsentiert werden.

Der ÖGB-Präsident vermißt auch in der Industrie- und Infrastrukturpolitik der Bundesregierung zukunftsweisende Strategien im Interesse des Standortes Österreichs. „Das Ver-

kaufen von Vermögen der Österreicherinnen und Österreicher ist keine Zukunftsstrategie.“

Verzetnitsch betonte, daß für den ÖGB nach wie vor das Prinzip gelte, jede Regierung danach zu beurteilen, was sie für die ArbeitnehmerInnen leiste. „Der ÖGB wird das Arbeitsprogramm der Bundesregierung analysieren, bewerten und die ArbeitnehmerInnen über die Auswirkungen auf sie informieren sowie seine weitere Vorgangsweise darauf ausrichten.“

Der Nationalrat

Die Gesetzgebung des Bundes übt der Nationalrat gemeinsam mit dem Bundesrat aus. Der Sitz des Nationalrates ist die Bundeshauptstadt Wien.

Der Nationalrat wird vom Bundesvolk auf Grund des gleichen, unmittelbaren, geheimen und persönlichen Wahlrechtes der Männer und Frauen, die vor dem 1. Jänner des Jahres der Wahl das 18. Lebensjahr vollendet haben, nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt.

Das Bundesgebiet wird in räumlich geschlossene Wahlkreise geteilt, deren Grenzen die Landesgrenzen nicht schneiden dürfen. Diese Wahlkreise sind in räumlich geschlossene Regionalwahlkreise zu untergliedern.

Der Wahltag muß ein Sonntag oder ein anderer öffentlicher Ruhetag sein.

Wählbar sind alle Männer und Frauen, die am Stichtag die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen und vor dem 1. Jänner des Jahres der Wahl das 19. Lebensjahr vollendet haben.

Die Gesetzgebungsperiode des Nationalrates ist in Tagungen gegliedert. Alljährlich beruft der Bundespräsident den Nationalrat zu einer ordentlichen Tagung ein, die von Mitte September bis Mitte Juli des Folgejahrs dauert. Auf Verlangen der

Bundesregierung oder eines Drittels der Mitglieder des Nationalrates ist der Bundespräsident verpflichtet, den Nationalrat zu einer außerordentlichen Tagung einzuberufen. Innerhalb einer Tagung beruft der Präsident des Nationalrates diesen zu seinen einzelnen Sitzungen ein; dabei folgt er grundsätzlich dem von ihm nach Rücksprache mit den Mitgliedern der Präsidialkonferenz erstellten Arbeitsplan. Auf Verlangen der Bundesregierung oder einer qualifizierten Minderheit der Abgeordneten ist der Präsident verpflichtet, innerhalb einer Tagung eine Sitzung einzuberufen.

Die Gesetzgebungsperiode des Nationalrates dauert vier Jahre. Die Neuwahlen sind von der Bundesregierung so anzuordnen, daß der neugewählte Nationalrat am Tage nach dem Ablauf des vierten Jahres der Gesetzgebungsperiode zusammentreten kann. Neben dieser „gewöhnlichen“ Auflösung des Nationalrates durch Zeitablauf gibt es noch zwei andere Formen: Der Nationalrat kann sich durch Beschluß vorzeitig selbst auflösen. Weiters kann der Bundespräsident auf Vorschlag der Bundesregierung den Nationalrat auflösen; er darf dies jedoch nur einmal aus dem gleichen Anlaß verfügen.

Die NR-Sitzungen finden öffentlich statt.

Der neue Nationalrat

Der Nationalrat hat sich am 20. Dezember 2002 auf Grund der Wahlen vom 24. November 2002 neu konstituiert und sein Präsidium neu gewählt. Dieses Präsidium besteht nunmehr aus dem Präsidenten Univ.-Prof. Dr. Andreas Khol, dem Zweiten Präsidenten Univ.-Prof. Dr. Heinz Fischer und dem Dritten Präsidenten Dipl.-Ing. Thomas Prinzhorn.

Die Antrittsrede des neuen Präsidenten Dr. Andreas Khol finden Sie unter <http://www.parlinkom.at/pd/frames/redePraes.html>

die Abschiedsansprache des früheren Präsidenten Dr. Heinz Fischer unter <http://www.parlinkom.at/pd/frames/redeFischer.html>

Quelle: Das Österreichische Parlament <http://www.parlinkom.at/>

Die neue Regierung

Das Programm im Überblick

Der offizielle Titel lautet: Regierungsprogramm der Österreichischen Bundesregierung für die XXII. Gesetzgebungsperiode und ist in 22 Bereiche unterteilt.

Die Originalfassung wird Ihnen vom Bundeskanzleramt zum Download angeboten unter <http://www.austria.gv.at>

1. Demokratie und Staatsreform

Österreich ist eine der höchst entwickelten Demokratien der Welt. Die Bundesregierung wird alles dazu tun, die demokratischen Einrichtungen und Verfahren in Österreich zu stärken und zu modernisieren. Dieses Bekenntnis schließt den Ausbau der Rechte der Minderheiten selbstverständlich mit ein.

- Österreich-Konvent: Die österreichische Bundesverfassung genügt in mancher Hinsicht nicht mehr den Ansprüchen. Eine umfassende Bereinigung ist daher erforderlich. Zu diesem Zweck soll ein Verfassungskonvent eingerichtet werden
- Einführung des Briefwahlrechts: ausdrückliche Verankerung der Briefwahl in der Verfassung.
- Einheitliches Abgabenverfahrensrecht
- Beseitigung von Zweigleisigkeiten in der Schulverwaltung
- Bundestierschutzgesetz: Künftig soll es ein Bundestierschutzgesetz auf der Basis einheitlicher EU-Standards geben
- Kundmachungsreform unter Einbeziehung der anderen Gebietskörperschaften (Internet)
- FAG: Einführung eines aufgabenorientierten Bevölkerungsschlüssels
- Volksgruppen: Lösung der Ortstafelfrage im Sinne des in der Konsenskonferenz des BKA zwischen den Landtags- und Nationalratsparteien erzielten Angebotes an die Volksgruppe.

2. Europäische Union

Die Bundesregierung bekennt sich zum Friedensprojekt Europa und tritt für ein gemeinsames Europa ein, das auf der Solidarität der Staaten und der Achtung der Vielfalt ihrer Geschichte, Kultur und Traditionen beruht. Freiheit, Frieden und Wohlstand sichert. Österreich wird weiterhin entschlossen und konstruktiv an der weiteren Integration mitwirken und seine Interessen wirksam vertreten.

3. Äußere Sicherheit und Landesverteidigung

Die Bundesregierung ist der traditionellen österreichischen Friedens- und Sicherheitspolitik verpflichtet und sieht in der Konfliktvermeidung und -lösung einen wesentlichen Beitrag auch zur Sicherheit Österreichs. Der Achtung der Menschenrechte und der Minderheitenrechte kommt in diesem Zusammenhang besondere Bedeutung zu. Die Bundesregierung wird für diese Politik im internationalen Rahmen und in den Organisationen, denen sie angehört – insbesondere der EU, den Vereinten Nationen, der OSZE und dem Europarat – aktiv eintreten. Sie wird ihren Vorsitz im Human Security Network im Jahre 2003 besonders auf die Zielsetzung der internationalen Menschenrechtserziehung ausrichten. Die Bundesregierung wird sich weiterhin in Fortsetzung der bewährten Zusammenarbeit mit der Bundeshauptstadt aktiv um die Sicherung und Stärkung des internationalen Amtssitzes Wien bemühen. Äußere Sicherheit und militärische Landesverteidigung sind wesentliche und unverzichtbare Elemente, um Österreich und seinen Bürgern Frieden, Freiheit, Sicherheit und Stabilität zu gewährleisten. Die Bundesregierung wird daher alles daran setzen, um die Leistungsfähigkeit des Bundesheeres weiter anzuheben und dessen Stellenwert in der Gesellschaft zu stärken.

In Zukunft werden neben den territorialen Verteidigungsaufgaben internationale Solidaritätsleistungen, Katastrophenhilfe sowie Assistenzleistungen des Bundesheeres (z. B. zur Grenzsicherung) im Vordergrund stehen. Das Bundesheer muß für alle diese Aufgaben, einschließlich der Teilnahme am gesamten Spektrum des europäischen Krisenmanagements (Petersberg-Aufgaben), der Stabilitäts- und europäischen Beistandsaufgaben, vorbereitet werden.

4. Inneres, Asyl und Integration

Ziel ist es, in Österreich eine demokratische, effektive und leistungsbereite Sicherheits-exekutive zu erhalten und zu fördern, die durch ihre tägliche Arbeit einen wichtigen

Beitrag zur Stärkung und Erhaltung des demokratischen Rechtsstaates und der Menschenrechte in Österreich leistet, sowie konsequent gegen Kriminalität vorgeht.

Gemeinsames Ziel ist es ebenso, eine eindeutige Differenzierung zwischen Einwanderungspolitik – als Antwort auf freiwillige Migration und wirtschaftliche Überlegungen – und Asylgewährung – als Antwort auf erzwungene Migration – zu treffen. Asylpolitik ist Menschenrechtspolitik und hat das Ziel, verfolgten Menschen Schutz zu gewähren. Einwanderungspolitik schafft klare Regeln und Bedingungen für legale Zuwanderung.

5. Justiz

Eine moderne Justiz versteht sich als Dienst am Bürger. Im strafrechtlichen Vorverfahren sollen die Opfer mehr Rechte erhalten. Österreich ist eines der sichersten Länder der Welt und soll dies auch bleiben. Basis unseres Rechtsstaates ist die Unabhängigkeit der Richter, die es zu sichern, und wenn notwendig, zu verteidigen gilt. Eine Justiz als Dienst am Bürger ist – gerade im Hinblick auf die Herausforderung durch die EU-Osterweiterung – bemüht, den Wirtschaftsstandort zu sichern. Sie tritt auch für die Rechte der Konsumenten, insbesondere der Senioren und der Jugend, ein.

6. Wirtschaft und Standort

Zentrales Ziel der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung ist die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Österreich und der in unserem Land tätigen Unternehmen im europäischen und globalen Wettbewerb. Dabei wird die Bundesregierung, insbesondere im Hinblick auf die Erweiterung der Europäischen Union, die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft, insbesondere der Klein- und Mittelbetriebe, und die Attraktivität Österreichs als Investitionsstandort und als Sitz von internationalen Unternehmen (Headquarter-Politik) fördern. Nur eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik unter Berücksichtigung der Ziele der Europäischen Union (Lissabon-Prozeß) wird Österreich in die Lage versetzen, jene Rah-

Die neue Regierung

menbedingungen zu schaffen, die es Unternehmen erlauben, bestehende Arbeitsplätze abzusichern und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Sie ist auch Grundvoraussetzung für den Erhalt und den weiteren Ausbau unseres Wohlfahrtsstaates.

7. Verkehr

Die österreichische Bundesregierung bekennt sich zur Umsetzung des im Jahr 2002 beschlossenen Generalverkehrsplans als einem der Bausteine, mit dem die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes nachhaltig verbessert und die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Österreichs weiter erhöht werden kann. Es gilt dabei einerseits das hochrangige Straßennetz auszubauen, Lücken zu schließen sowie Netzergänzungen und Kapazitätsanpassungen im Landesinneren im Interesse der Mobilitätssteigerung vorzunehmen. Andererseits ist die Schiene als umweltfreundlicher Verkehrsträger auszubauen und höhere Effizienz, besseres Kundenservice sowie eine Zunahme des Personen- wie auch Güterverkehrsaufkommens anzustreben.

8. Arbeit und Soziales

Die EU-Ziele, die Beschäftigungsquoten innerhalb der EU bis 2010 auf 70 % heranzuführen, die Frauenbeschäftigungsquote auf 60 % und die Erwerbsbeteiligung der 55- bis 64jährigen auf 50 % anzuheben ist weiterhin der Rahmen für die österreichische Beschäftigungspolitik. In diesem Zusammenhang bleibt die Vollbeschäftigung weiterhin unser wichtigstes Ziel. Die Finanz- und Wirtschaftspolitik sowie die Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik müssen dabei zusammenwirken. Aus einem Bündel von Maßnahmen („Policy Mix“) soll den Erfordernissen in der Beschäftigungspolitik entsprochen werden. Wir werden dabei die wirtschaftlichen Bedürfnisse nach Flexibilität ebenso berücksichtigen, wie den Anspruch auf Sicherheit und Solidarität und damit einen gerechten Zugang zum Arbeitsmarkt sicherstellen. Die Senkung der Lohnnebenkosten trägt zu mehr Wachstum und Beschäftigung bei. Wir setzen auf mehreren Handlungsebenen an: Beschäftigung schaffen, aktive Arbeitsmarktpolitik forcieren, Effizienz der Arbeitsvermittlung steigern, kundenfreundliche und neue Strukturen in der Arbeitsmarktpolitik, arbeitsplatznahe, bedarfsorientierte Qualifizierung, Qualifizierungsoffensive für ältere Arbeitnehmer, neue Initiativen in einer geänderten und sich weiter ändernden Arbeitswelt.

9. Pensionen

Unter Zugrundelegung der demographischen Entwicklung ist das vorrangige Ziel die Sicherung des auf dem Umlageverfahren beruhenden Pensionssystems. Ein Kernelement der nachhaltigen Sicherung ist die Harmonisierung aller Pensionsversicherungssysteme und die daraus resultierende Schaffung eines einheitlichen Pensionssystems für alle Erwerbstätigen, welches auf den Rahmenbedingungen des ASVG beruht. Die Absicht, in Zukunft ein grundsätzlich beitragsorientiertes Pensionskonto, bei gleichzeitiger Erreichung eines Regelpensionsalters von 65 Jahren, einzuführen, ist ein weiterer Baustein eines zukunftsweisenden einheitlichen Pensionsrechts. Ein weiterer Ausbau der betrieblichen und der individuellen Altersvorsorge (2. und 3. Säule) ist, vor allem im Lichte einer zusätzlichen Altersabsicherung, weiter zu forcieren. Unter Zugrundelegung der Entwicklung des Bundesbeitrages ist es erforderlich, Maßnahmen zur Stabilisierung des budgetrelevanten Finanzbedarfs unseres gegenwärtigen Pensionssystems zu setzen. Vor allem im Hinblick auf das Vertrauen und die Absicherung der jüngeren Generationen ist eine Systemsicherung, welche sich an den geänderten Rahmenbedingungen (späterer Eintritt ins Erwerbsleben und längere Lebenserwartung) orientiert, erforderlich. Im Rahmen einer laufenden Sicherung des Systems ist es notwendig, die mit der Pensionsreform 2000 gesetzten Schritte fortzuführen und gleichzeitig weiter zu entwickeln.

10. Gesundheit und Pflege

Wir wollen das erprobte und bewährte solidarische Gesundheitssystem erhalten und verbessern. Eine hochstehende medizinische Versorgung für alle Bürgerinnen und Bürger unabhängig von Einkommen, ist vorrangiges Ziel. Wir lehnen eine Zweiklassenmedizin ab. Effizienz und Wirtschaftlichkeit, Transparenz und Qualität sind Voraussetzung für die optimale Versorgung der Patienten. Die Förderung eines partnerschaftlichen Verhältnisses zwischen Patient und Leistungsanbieter soll durch Verstärkung der Patientenrechte, Mitverantwortung und Mitbestimmung des Patienten erreicht werden. Gemeinsames Ziel ist es, qualitätssichernde Maßnahmen in allen Bereichen des Gesundheitswesens zu setzen. Durch Erhöhung der Effizienz und Wirtschaftlichkeit soll die

Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung gesichert werden.

11. Bildung

Das große Ziel von Bildung ist nicht die Reproduktion von Wissen, sondern die Anwendung von Wissen zur Lösung von neuen Herausforderungen. Durch beste Bildung und Ausbildung erhalten die jungen Menschen unseres Landes die Grundlagen zur Entfaltung ihrer Persönlichkeit, für ein sinnerfülltes Leben und für eine erfolgreiche berufliche Laufbahn. Die österreichische Bundesregierung wird im Rahmen einer Bildungsoffensive die Qualität der Bildungsangebote im internationalen Vergleich weiter steigern, die Vielfalt fördern und neue Entwicklungen in die Angebote aufnehmen.

12. Wissenschaft

Das Universitätsgesetz 2002 als großes Reformwerk für die Selbstständigkeit der Universitäten findet international große Anerkennung. Die Universitäten sind bei der Implementierung tatkräftig zu unterstützen, damit sie im europäischen Wettbewerb bestehen können. Die österreichische Bundesregierung hat zum Ziel, daß junge Leute, welche die Voraussetzung mitbringen, ohne Barrieren studieren können. Deshalb wird großes Augenmerk auf die Studienförderung und auch auf Karrieremöglichkeiten für den wissenschaftlichen Nachwuchs gelegt.

13. Forschung und Innovation

Das Ziel der Europäischen Union ist es, Europa bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschafts- und Wissensraum der Welt zu machen und die Forschungsquote bis 2010 auf 3 % des BIP anzuheben. Die österreichische Bundesregierung wird die Investitionen für Forschung bis 2006 auf 2,5 % des BIP erhöhen, damit werden der Wirtschaftsstandort und Arbeitsplätze gesichert. Das Förderinstrumentarium und die bestehenden Forschungsstrukturen sind effizienter zu gestalten und die mittel- und langfristige Finanzierung ist sicherzustellen.

14. Nachhaltigkeit, Umwelt und Landwirtschaft

Österreich liegt, was seine Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik betrifft, im internationalen Spitzenfeld. Die Politik hat weiterhin

Die neue Regierung

jene Bedingungen zu schaffen, die ein nachhaltiges Wirtschaften ermöglichen, um die Verantwortung für die Lebensqualität in unserem Land und im globalen Rahmen wahrnehmen zu können. Die Bundesregierung bekennt sich zu einer starken österreichischen Land- und Forstwirtschaft, deren Leistungen gerechte Einkommen gegenüber stehen. Diese gewährleistet die Versorgung der Bevölkerung mit sicheren Nahrungsmitteln höchster heimischer Qualität. Darüber hinaus erbringt sie unverzichtbare Dienste im Rahmen der nachhaltigen Bewirtschaftung unserer natürlichen Ressourcen und für die Entwicklung des ländlichen Raumes.

15. Frauen

Wir bekennen uns zu einem partnerschaftlichen Lebensmodell und setzen die vollständige Gleichberechtigung und Gleichrangigkeit von Mann und Frau voraus. Für uns ist Frauenpolitik ein breiter politischer Gestaltungsauftrag und fällt daher in die Zuständigkeit aller Ressorts. Unsere Frauenpolitik spricht alle Frauen an, in allen Lebensphasen, im Alter, in der Jugend, am Arbeitsmarkt und im Haushalt, Frauen mit und ohne Kinder.

16. Familie und Generationen

Die Bundesregierung unterstützt alle Maßnahmen, die den Eltern die Wahlfreiheit bei der Betreuung ihrer Kinder ermöglichen. Die Bundesregierung wird darauf einwirken, daß die Länder und Gemeinden ein qualitativvolles, ausreichendes und bedarfsgerechtes Angebot von Kinderbetreuungsplätzen unter Berücksichtigung der Erfüllung der EU-Ziele für Kinder unter 3 Jahren und zur Betreuung in den schulfreien Zeiten sicherstellen. Die Bundesländer werden eingeladen,

ihre Familienleistungen an die Bedürfnisse der Eltern anzupassen und auf jene Zeiten zu konzentrieren, in denen es keinen Anspruch auf Kinderbetreuungsgeld gibt.

17. Medien

Medienfreiheit und Medienvielfalt sind für eine hoch entwickelte Demokratie ebenso bedeutend, wie die demokratischen Institutionen und Verfahren. Die Bundesregierung wird daher alles unternehmen, was Vielfalt und Freiheit der elektronischen und gedruckten Medien und der Kommunikationsmöglichkeiten nützt.

18. Kunst und Kultur

Die in der Verfassung verankerte Freiheit der Kunst bedeutet den Auftrag, dafür Sorge zu tragen, daß sich Künstlerinnen und Künstler in einem pluralistischen Dialog frei entwickeln können. Ein zeitgemäßer Kulturbegriff schließt dabei alle Formen etablierter sowie jene neuer Kunst und Kultur mit ein. Ein Schwerpunkt liegt in der Erhaltung der Breite und Vielfalt von Kunst und Kultur sowie in der Förderung des Nachwuchses. Steuerliche Maßnahmen sollen zur Belebung des Kunstmarktes, des Kunstsponsorings und zur Erhaltung des kulturellen Erbes Anreize schaffen. Das hohe internationale Niveau unserer Bundestheater, Festspiele und Bundesmuseen ist sicherzustellen.

19. Sport

Der Breiten- und Leistungssport nimmt in Österreich eine besondere Stellung ein. Die Bundesregierung wird den Sport in seiner Bedeutung für Sinnstiftung, Gesundheit, Integration Behinderter und für den Tourismus fördern.

20. Verwaltungsreform

Die Qualität der österreichischen Verwaltung ist ein wesentlicher Standortvorteil für unser Land. Gemeinsam mit den Ländern, Gemeinden und Städten sowie den öffentlich Bediensteten wird das Verwaltungshandeln noch bürger- und wirtschaftsfreundlicher und effizienter gemacht. Weitere Aufgabenbereinigung und moderne Organisations- und Finanzierungsmodelle bewirken überdies Spareffekte.

21. Dienstrecht

In der kommenden Gesetzgebungsperiode sollen nachhaltige Schritte im Sinne einer Angleichung der öffentlichen Dienst-, Besoldungs- und Pensionsrechte in Österreich unternommen werden. Gleichfalls sollen rechtlichen Rahmenbedingungen zwischen öffentlichem Sektor und Privatwirtschaft, unter Berücksichtigung spezifischer Notwendigkeiten, einander so weit wie möglich angenähert werden. Die öffentliche Hand braucht höchst qualifizierte und einsatzbereite Mitarbeiter. Fragen der Personalentwicklung, besonders Fragen der Ausbildung, wird daher verstärkt Augenmerk zugewendet.

22. Finanzen

Der Weg konsolidierter öffentlicher Haushalte wird auch von der neuen Bundesregierung weiter beschritten. Damit wird eine nachhaltige Entlastung von Einkommensbeziehern und Unternehmen ermöglicht. Sie reduziert darüber hinaus die Belastung künftiger Generationen mit Rückzahlungsverpflichtungen und ermöglicht eine strategische und zukunftsbezogene Schwerpunktsetzung bei den Staatsausgaben im Sinne einer Stärkung des Wirtschaftsstandortes Österreich. ■

Das Kabinett Schüssel II



Das Familienfoto. v.l.n.r.: sitzend: Justizminister Dieter Böhmendorfer (F), Außenministerin Benita Ferrero-Waldner (V), Bildungsministerin Elisabeth Gehrer (V), Bundeskanzler Wolfgang Schüssel (V), Vizekanzler, Sozialminister Herbert Haupt (F), Gesundheits- und Frauenministerin Maria Rauch-Kallat (V), Sozialstaatssekretärin Ursula Haubner (F), Innenminister Ernst Strasser (V). Stehend: Infrastrukturstaatssekretär Helmut Kukacka (V), Verteidigungsminister Günther Platter (V), Kunststaatssekretär Franz Morak (V), Finanzminister Karl-Heinz Grasser, Landwirtschaftsminister Josef Pröll (V), Wirtschaftsminister Martin Bartenstein (V), Infrastrukturminister Hubert Gorbach (F), Gesundheitsstaatssekretär Reinhart Waneck (F), Finanzstaatssekretär Alfred Finz (V), Sportstaatssekretär Karl Schweitzer (F). Alle Fotos: Bernhard J. Holzner / HOPI Media

Dr. Wolfgang Schüssel Bundeskanzler (ÖVP)



Dr. Wolfgang Schüssel wurde am 7. Juni 1945 in Wien geboren und besuchte nach der Volksschule das Schottengymnasium, wo er 1963 die Matura ablegte. An-

schließend studierte er an der Universität Wien und wurde 1968 zum Dr. juris promoviert.

Von 1968 bis 1975 war Dr. Schüssel Sekretär des Parlamentsklubs der Österreichischen Volkspartei (ÖVP), von 1975 bis April 1991 war er Generalsekretär des Österreichischen Wirtschaftsbundes, einer Teilorganisation der ÖVP.

Am 24. April 1989 wurde Dr. Schüssel Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten in der von der SPÖ und ÖVP gebildeten Bundesregierung unter Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky.

Beim 30. ordentlichen Bundesparteitag der

ÖVP wurde Dr. Schüssel am 22. April 1995 zum Bundesparteiohmann der ÖVP gewählt. Am 4. Mai 1995 wurde Dr. Schüssel als Vizekanzler und Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten im Kabinett Vranitzky IV angelobt. Im Kabinett Vranitzky V übte Dr. Schüssel die gleichen Funktionen aus.

Im Kabinett Klima I, 28. Jänner 1997 bis 4. Februar 2000, nahm Dr. Wolfgang Schüssel die Funktion des Vizekanzlers und des Bundesministers für auswärtige Angelegenheiten wahr. Am 4. Februar 2000 wurde sie als Bundeskanzler der Republik Österreich angelobt.

Die neue Regierung

Mag. Herbert Haupt

Vizekanzler und Bundesminister für soziale Sicherheit und Generationen (FPÖ)



Mag. Herbert Haupt wurde am 28. September 1947 in Seeboden (Kärnten) geboren. Nach der Matura in Spittal an der Drau und

dem Präsenzdienst begann er 1966 in Wien mit dem Studium der Veterinärmedizin, das er 1975 mit seiner Sponson zum Mag.med.vet. erfolgreich abschloß. Während des Studiums wurde er Mitglied des Ringes Freiheitlicher Studenten (RFS). Seit 1975 ist Mag. Haupt als Tierarzt mit Privatpraxis in Spittal an der Drau tätig. Von 1988 bis 1994 war er Leiter des städtischen Schlachthofes in Spittal an der Drau. Von 1978 bis 1999 hatte Mag. Haupt die Funktion des Bezirksparteiobmanns der FPÖ in Spittal an der Drau inne. Von 1981 an gehörte er mit Unterbrechungen dem

Spittaler Gemeinderat an, 1997 wurde er zweiter Vizebürgermeister und war außerdem von 1995 bis 1997 Geschäftsführender Landesparteiobmann der FPÖ in Kärnten. Seit dem Jahr 2000 ist er Mitglied des Bundesparteivorstandes der FPÖ. Im September 2002 wurde er zum Bundesparteioibmann-Stellvertreter gewählt, am 31. Oktober 2002 übernahm er die Funktion des geschäftsführenden FPÖ-Bundesparteioibmanns. Dem Nationalrat gehört Mag. Haupt seit 1986 an. Von November 1994 bis Jänner 1996 war er Dritter Präsident des Nationalrates.

Dr. Benita Ferrero-Waldner

Bundesministerin f. auswärtige Angelegenheiten (ÖVP)



Dr. Benita Maria Ferrero-Waldner wurde am 5. September 1948 in Salzburg geboren, wo sie 1966 die Matura an einem Realgymnasium ablegte. Anschließend nahm sie ein Studium an der Universität Salzburg auf, wo sie 1970 zum Doktor juris promoviert wurde. Von 1971 bis 1978 war Dr. Ferrero-Waldner

in der deutschen Privatwirtschaft als Exportleiterin tätig, von 1978 bis 1981 arbeitete sie als Sales Manager für Europe für eine New Yorker Firma und kehrte dann wieder in die deutsche Firma zurück, wo sie bis 1983 als Assistentin der Geschäftsleitung tätig war. Nach kurzer Tätigkeit an der österreichischen Botschaft in Madrid legte sie im Juni 1984 das Examen Preadable ab und trat in den Höheren Auswärtigen Dienst ein. Von September 1984 bis Jänner 1986 arbeitete sie in verschiedenen Bereichen des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten. Es folgten Tätigkeiten als Erster Botschaftssekretär an der österreichischen Botschaft in Dakar, in der Entwicklungshilfe-Sektion des sowie als Botschaftsrätin für wirtschaftliche Angelegenheiten an der österreichi-

schen Botschaft in Paris, wo sie auch als stellvertretende Missionschefin und Geschäftsträgerin a.i. wirkte. Von Februar bis Dezember 1993 war sie als Gesandte stellvertretende Protokollchefin des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten. Am 1. Jänner 1994 wurde sie im Exekutivbüro des UNO-Generalsekretärs Protokollchefin der Vereinten Nationen in New York. Dr. Benita Maria Ferrero-Waldner wurde am 4. Mai 1995 als Staatssekretärin im Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten im Kabinett Vranitzky IV angelobt. Diese Funktion übte sie auch im Kabinett Vranitzky V aus. Vom 28. Jänner 1997 bis 4. Februar 2000, nahm sie im Kabinett Klima I die Funktion einer Staatssekretärin im Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten wahr. Am 4. Februar 2000 wurde sie als Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten angelobt.

Elisabeth Gehr

Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur (ÖVP)



Elisabeth Gehr wurde am 11. Mai 1942 in Wien geboren. Nach dem Besuch der Pflichtschule absolvierte sie in Innsbruck (Bundesland Tirol) Gymnasium und Lehrerbildungsanstalt.

Von 1961 bis 1964 arbeitete sie als Lehrerin in Hart im Zillertal (Bundesland Tirol), anschließend zwei Jahre an den Volksschulen Lochau und Bregenz-Augasse (Bundesland Vorarlberg). 1980 wurde Gehr Stadträtin für Musikschulwesen und regionale Zusammenarbeit in der Landeshauptstadt Vorarlbergs Bregenz. 1981 übernahm sie den Vorsitz der Regionalplanungsgemeinschaft Bodensee, 1983 wurde sie Ortsobfrau der Frauenbewegung der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) in Bregenz. 1984 wurde Frau Gehr als Abgeordnete der ÖVP in den Vorarlberger Landtag gewählt, 1989 erfolgte ihre Bestellung zur Vizepräsidentin des Vorarlberger Landtages.

1989 wurde sie Klubobfrau des ÖVP-Stadtvertreterklubs in Bregenz. 1990 wurde sie vom Landtag in die Vorarlberger Landesregierung gewählt, wo sie als Landesrätin für die Bereiche Schule, Weiterbildung, Wissenschaft, Frauen, Jugend, Familie, Gemeindeentwicklung und Entwicklungshilfe zuständig war. Im Jänner 1994 wurde sie Landesleiterin der Frauen in der ÖVP-Vorarlberg und amtsführende Präsidentin des Vorarlberger Landesschulrates. Elisabeth Gehr wurde am 4. Mai 1995 als Bundesministerin für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten im Kabinett Vranitzky IV angelobt. Diese Funktion übt sie seither ununterbrochen aus.

Die neue Regierung

Mag. Karl-Heinz Grasser Bundesminister für Finanzen (parteilos)



Mag. Karl-Heinz Grasser wurde am 2. Jänner 1969 in Klagenfurt geboren. Nach der Matura in Klagenfurt studierte er angewandte Betriebswirtschaftslehre an der Universität Klagenfurt. Seine Sponsion zum

Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften erfolgte im März 1992. Das von der Universität vorgeschriebene Praxissemester absolvierte er in einer Wirtschaftsprüferkanzlei.

Ab März 1992 arbeitete Mag. Grasser im Parlamentsklub der FPÖ mit, wobei er für Fragen der Europäischen Integration und es Tourismus zuständig war. Von 1993 bis 1994 war Mag. Grasser Generalsekretär der FPÖ. Seit 1994 war er in der Funktion des Zweiten stellvertretenden Landeshauptmannes mit den Geschäftsbereichen Tourismus, Gewerbe, Wirtschaftsförderung, Straßen- und Brückenbau, sowie Hochbau und Verkehr tätig. 1996 wurde er zum Bezirkspartei-

obmann der FPÖ von Klagenfurt/Stadt gewählt. Als Vizepräsident der vereinten Bewerbung von Kärnten, Friaul-Julisch-Venetien und Slowenien setzte er sich für die Austragung der Olympischen Winterspiele 2006 in Kärnten ein.

Mit 10. Juni 1998 schied Mag. Grasser aus der Kärntner Landesregierung aus und legte alle Funktionen in der Freiheitlichen Partei zurück. Mit 1. August 1998 übernahm er einen Posten in der Privatwirtschaft.

Am 4. Februar 2000 wurde er als Bundesminister für Finanzen angelobt.

Dr. Ernst Strasser Bundesminister für Inneres (ÖVP)



Dr. Ernst Strasser wurde am 29. April 1956 in Grieskirchen (Oberösterreich) geboren. Nach der Matura begann er ein Jusstudium in Salzburg, wo er 1981 zum Dr. iuris promoviert wurde.

Nach Abschluß seines Studiums wurde Dr. Strasser Direktionssekretär des österreichischen Bauernbundes, einer Teilorganisation der ÖVP. Von 1983 bis 1985 wirkte er als Rechtsreferent des oberösterreichischen Bauern- und Nebenerwerbsbauernbundes in Linz, dann wurde er Direktionssekretär dieser Institution. 1987 wurde Dr. Strasser als Sekretär des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft nach Wien berufen.

1989 wurde er zum stellvertretenden Kabinettschef des Vizekanzlers und Büroleiter des Bundesparteiobermannes der ÖVP bestellt. 1990 bis 1992 war Dr. Strasser in der Privatwirtschaft tätig.

Von 1992 bis 1998 übte er die Funktion eines Landesgeschäftsführers der ÖVP Niederösterreich aus. Seit 1993 gehört Dr. Strasser dem niederösterreichischen Landtag an und ist Vertreter des Landes Niederösterreich im ORF-Kuratorium. Seit 1998 ist er Klubobmann des Landtagsklubs der ÖVP in Niederösterreich.

Am 4. Februar 2000 wurde er als Bundesminister für Inneres angelobt.

Hubert Gorbach Bundesminister Verkehr, Innovation und Technologie (FPÖ)



Hubert Gorbach wurde am 27. Juli 1956 in Frastanz geboren. Nach dem Besuch der Volksschule und Hauptschule absolvierte er 1977 die HAK-Matura in Feldkirch. Seine berufliche Laufbahn begann Gorbach

als Exportmanager bei der Firma Elektra Bregenz (1978-79). In den Jahren 1979-87 war er als Abteilungsleiter, Handlungsbevollmächtigter, Prokurist und Aufsichtsrat der Firma Textilwerke Ganahl tätig. 1987 wechselte er zur Firma Kolb GmbH, wo er bis 1993 die Position eines Geschäftsführers inne hatte.

1975 wurde Hubert Gorbach Mitglied des FPÖ-Landesparteivorstandes, 1984 Mitglied des Landesparteipräsidiums. In den Jahren 1984-1992 war er Stellvertretender Landesparteiobermann. Weitere Funktionen: Ortsparteiobermann von Frastanz (1986-1992), Bezirksobmann von Feldkirch (1988-1992). In der FPÖ-Bundespartei war Gorbach

zunächst Mitglied der Bundesparteileitung (1980-1992) bzw. Mitglied des Bundesparteivorstandes (1980-1985). 1992 wurde er Mitglied des Bundesparteipräsidiums, im Mai 2000 Bundesparteiobermann-Stellvertreter.

In den Jahren 1989-1993 war Gorbach Mitglied des Vorarlberger Landtages, ab 1993 Mitglied der Vorarlberger Landesregierung. Seit Oktober 1999 betätigte er sich als Landesstatthalter in den Ressorts Straßenbau, Hochbau, Abfallwirtschaft, Wasserwirtschaft, Gewässerschutz, Wildbach- und Lawinenverbauung und Technische Dienste (Seilbahnwesen, Elektrotechnik, Maschinenbau).

Die neue Regierung

Dr. Dieter Böhmdorfer Bundesminister für Justiz (FPÖ)



Dr. Dieter Böhmdorfer wurde am 11. Mai

1943 in Trautenu (Tschechische Republik) geboren. Seit 1945 lebt er in Österreich, wo er Volksschule und Gymnasium absolvierte. Nach der Matura 1961 und der Ableistung des Wehrdienstes studierte er an der Universität Wien Jus.

Nach seiner Promotion im Jahre 1967 war Dr. Dieter Böhmdorfer in den Kanzleien Dr. Harald Eggstain, Dr. Harald Ofner und Dr. Karl Leutgeb als Rechtsanwaltsanwärter tätig. Nach Ablegung der Rechtsanwaltsprüfung erfolgte mit Dezember 1973

seine Eintragung in das Rechtsanwaltsregister.

Zwischen 1987 und 1989 war Dr. Böhmdorfer Mitglied des Aufsichtsrates der Austrian Airlines Luftverkehrs AG, von 1991 bis 1998 war er im Aufsichtsrat der Flughafen Wien AG. Seit 1991 gehört er der ERP-Kreditkommission an. Seit Juni 1999 ist er Mitglied des Gesamtvorstandes der Kärntner Landesholding.

Am 4. Februar 2000 wurde er als Bundesminister für Justiz angelobt.

Günther Platter Bundesminister für Landesverteidigung (ÖVP)



Günther Platter wurde am 7. Juni 1954 in Zams geboren und absolvierte die Berufsschule (erlernter Beruf: Buchdrucker), die Gendarmerieschule sowie den Präsenzdienst (1973-74).

Beruflich betätigte sich Günther Platter zunächst als Buchdrucker und seit 1976 als Exekutivbeamter (vorwiegend im Kriminaldienst). 1993 wurde er dienstführender Beamter beim Bezirksgendarmeriekom-

mando Imst (1994 außer Dienst gestellt).

In den Jahren 1986-89 war Günther Platter Mitglied des Gemeinderates, ab 1989 Bürgermeister von Zams. 1995 wurde er Bezirksobmann der ÖVP Zams, 2000 Mitglied der Tiroler Landesregierung.

Von 1994 bis 2000 war er Abgeordneter zum Nationalrat.

Dipl.-Ing. Josef Pröll Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (ÖVP)



Josef Pröll wurde am 14. September 1968 in Stockerau geboren. Nach dem Besuch der Volksschule (1974-78) und des Bundesrealgymnasiums Hollabrunn (1978-86) absolvierte er in den Jahren 1987 bis 1993 das Landwirtschaftsstudium an der Universität für Bodenkultur in Wien.

In den Jahren 1993 bis 1998 war Josef Pröll Referent der Niederösterreichischen Landwirtschaftskammer. Weitere berufliche

Stationen: wirtschaftspolitischer Referent im Österreichischen Bauernbund (1998-2000), Assistent der Abgeordneten im EU-Parlament, Agnes Schierhuber, (1998-2000), Direktor des Wiener Bauernbundes (1999-2000), Kabinettschef von BM Wilhelm Molterer im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (2000-2001), ab 2001 Direktor des Österreichischen Bauernbundes.

Franz Morak Staatssekretär für Kunst und Medien im Bundeskanzleramt (ÖVP)



Franz Morak wurde 1946 in Graz geboren, Schauspiel- und Regiestudium an der Universität für Musik und darstellende Kunst in Graz und am Reinhardtseminar in Wien. Singersongwriter, ab 1980 Produktion von vier LPs/CDs. Tätigkeit als Schauspieler und Regisseur an mehreren Theatern u.a. seit 1974 am Burgtheater, sowie in TV-, Hörfunk-, und Filmproduktionen; zahlreiche Auszeichnungen. Oktober 1994 bis

Februar 2000 Abgeordneter zum Nationalrat und Kultursprecher der Österreichischen Volkspartei sowie ORF-Kurator. 1999 Herausgeber des Sammelbandes „Die organisierte Kreativität. Kulturpolitik an der Wende zum 21. Jahrhundert“ zum gleichnamigen Symposium 1999 in Wien. Seit 4. Februar 2000 ist Morak Staatssekretär für Kunst und Medien im Bundeskanzleramt.

Die neue Regierung

Dr. Martin Bartenstein

Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit (ÖVP)



Dr. Martin Bartenstein wurde am 3. Juni 1953 in Graz (Bundesland Steiermark) geboren. Er legte 1971 die Matura am Akademischen Gymnasium in Graz ab. Nach Absolvierung eines Sommersemesters an der

Miami University (Ohio, USA) studierte er Chemie an der Universität Graz und promovierte 1978 zum Dr. phil. 1980 übernahm Dr. Bartenstein die Alleingeschäftsführung des im Familienbesitz stehenden Pharmaunternehmens Lannacher Heilmittel. 1986 wurde er Geschäftsführer der Genericon Pharma GesmbH und 1990 Vorstandsmitglied der Pharmavit AG Budapest.

1988 wurde Dr. Bartenstein Bundesvorsitzender der Jungen Industrie Österreich, seit 1991 ist er Industriesprecher ÖVP. Dr. Bartenstein, der auch Landesparteiobermann-Stellvertreter der ÖVP-Steiermark ist, gehört dem Nationalrat seit 5. Dezember 1991 als Abgeordneter der ÖVP an.

Am 29. November 1994 wurde Dr. Martin Bartenstein als Staatssekretär im Bundesministerium für öffentlichen Verkehr im Kabinett Vranitzky IV angelobt.

Am 4. Mai 1995 erfolgte die Angelobung Dr. Martin Bartensteins als Bundesminister für Umwelt im Kabinett Vranitzky IV. Diese Funktion übte er auch im Kabinett Vranitzky V aus.

Vom 28. Jänner 1997 bis 4. Februar 2000, nahm Dr. Martin Bartenstein im Kabinett Klima I, die Funktion des Bundesministers für Umwelt, Jugend und Familie wahr.

Am 4. Februar 2000 wurde er als Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit angelobt.

Maria Rauch-Kallat

Bundesministerin für Gesundheit und Frauen (ÖVP)



Maria Rauch-Kallat, geboren 1949, besuchte das Real-Gymnasium in Wien-Hernals, das sie 1967 mit der Matura abgeschlossen hat. Von 1967 bis 1983 arbeitete sie als Lehrerin in einer Hauptschule in

Wien-Favoriten. Im November 1967 absolvierte Maria Rauch-Kallat die Lehramtsprüfung in Englisch, gefolgt von berufs begleitenden Lehramtsprüfungen in Russisch, Geographie- und Wirtschaftskunde sowie in Leibesübungen. Schwerpunkte in dieser Funktion waren Elternarbeit, Projektarbeit im Unterricht und politische Bildung. Von 1984-1992 war Maria Rauch-Kallat im Bundesministerium für Unterricht und Kunst tätig, in den Jahren 1992-1994 war sie Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie, in den Jahren 1994-1995 Bundesministerin für Umwelt, ab 1995 Generalsekretärin der ÖVP. Weitere Funktionen: Abgeordnete zum Bundesrat (1983-87), ab

1988 Landesleiterin der Wiener ÖVP-Frauenbewegung, Abgeordnete zum Wiener Landtag und Gemeinderat (1987-92), ab 1992: ÖVP-Landesparteiobermann-Stellvertreterin in Wien, 1995-1999 Abgeordnete zum Nationalrat, seit 1998 Bundesleiterin der Österreichischen Frauenbewegung, seit 2001 Abgeordnete zum Nationalrat.

Univ.-Prof. Dr. Reinhart Waneck

Staatssekretär im Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen (FPÖ)



Dr. Reinhart Waneck wurde am 16. Oktober 1945 in Wien geboren. Nach der Matura studierte er an der Universität Wien Medizin, wo er 1971 zum Dr. med. promoviert wurde.

Nach Turnus- und Facharzt Ausbildung in Wien und Oberösterreich folgten in den siebziger Jahren Studienaufenthalte in Deutschland, Schweden und den USA. 1985 erfolgte die Habilitation von Reinhart Waneck für das Fach Radiologie, 1994 wurde er zum tit.a.o. Universitätsprofessor ernannt.

Von 1997 bis 1999 war Dr. Waneck, nominiert vom Wiener Ärztekclub, Mandatar der Wiener Ärztekammer für die überparteiliche Fraktion Österreichisches Ärztekomitee. Er ist auch Primärärztereferent der Wiener Ärztekammer für konfessionelle Spitäler. Seit Mai 1985 übt er die Funktion eines Vorstandes der Röntgenabteilung des

Krankenhauses der Barmherzigen Schwestern des Hl. Vinzenz von Paul in Wien aus, von 1995 bis 1999 war er ärztlicher Leiter dieses Krankenhauses.

Dr. Waneck hat mehr als hundert Publikationen in in- und ausländischen Fachzeitschriften in deutscher, englischer und französischer Sprache verfaßt. Er ist Mitglied einer Reihe in- und ausländischer medizinischer Gesellschaften.

Am 4. Februar 2000 wurde er als Staatssekretär im Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen angelobt.

Die neue Regierung

Mag. Karl Schweitzer

Staatssekretär für Sport im Bundeskanzleramt (FPÖ)



Mag. Karl Schweitzer wurde am 7. August 1952 in St. Michael geboren. Nach dem Besuch der Volksschule in Güssing (1958-1962) absolvierte er das Bundesrealgymnasium in Oberschützen (1962-1970) und in den Jahren 1971-1976 das Lehramtsstudium für Geographie und Leibesübungen an der Universität Graz.

Von 1976 bis 1990 war Mag. Schweitzer als Lehrer an der Bundeshandelsakademie

und Bundeshandelsschule Oberwart tätig. 1985 wurde er in das OECD-Lehrerteam für Umwelt- und Schulinitiativen berufen. 1990 wurde Mag. Schweitzer Abgeordneter zum Nationalrat, in den Jahren 1995-1996 bekleidete er überdies die Funktion eines Abgeordneten im Europäischen Parlament. 1996 wurde er Bundesgeschäftsführer der FPÖ, 2001 FPÖ-Generalsekretär.

Ursula Haubner

Staatssekretärin im Bundesministerium f. soziale Sicherheit und Generationen (FPÖ)



Ursula Haubner wurde am 22. Dezember 1945 in Bad Goisern geboren.

Nach dem Besuch der Volks- und Hauptschule in Bad Goisern absolvierte sie 1963 die Matura an der HBLA für wirtschaftliche Berufe in Bad Ischl. Seit 1965 war Ursula Haubner als Lehrerin an humanberuflichen mittleren und höheren Schulen in Bad Ischl, Linz und Steyr tätig und wurde 1987 Fachvorstand an der HBLA für wirt-

schaftliche Berufe in Steyr.

1991 wurde Ursula Haubner Mitglied des Gemeindevorstandes Bad Hall, 1994 Landesparteiobmann-Stellvertreterin. In den Jahren 1994 bis 1996 war sie Abgeordnete im Bundesrat, 1996-1997 Abgeordnete zum oberösterreichischen Landtag. Seit 1997 war sie Landesrätin für Frauenangelegenheiten, Umweltschutz und Konsumentenschutz in Oberösterreich.

Dr. Alfred Finz

Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen (ÖVP)



Dr. Alfred Finz wurde am 7. Oktober 1943 in Wien geboren. Nach der Matura an einem Bundesrealgymnasium im Jahr 1962 absolvierte Dr. Finz seinen Präsenzdienst und trat im Juli 1963 in das Bundeskanzleramt ein. Im April 1966 trat er in den Rechnungshof über. Von 1971 bis 1975 absolvierte er ein Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Wien, das er 1975 mit der Promotion zum Dr. iuris abschloß.

1980 wurde Dr. Finz im Rechnungshof zum

Abteilungsleiterstellvertreter befördert, 1987 übernahm er die Leitung einer Prüfungsabteilung. 1991 bis 1995 war er Sektionsleiterstellvertreter einer Prüfungssektion, am 1. März 1995 wurde Dr. Finz mit der Leitung der Präsidialsektion im Rechnungshof betraut. Von März 1995 bis Februar 2000 arbeitete er im Generalsekretariat für die internationale Zusammenarbeit der Obersten Finanzkontrollbehörden mit.

Mag. Herbert Kukacka

Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie (ÖVP)



Mag. Herbert Kukacka wurde am 1. April 1946 in Steyregg geboren. Nach dem Absolvieren der Volksschule, des Realgymnasiums und des Präsenzdienstes begann er an der Universität Linz das Studium der Sozialwirtschaft, das er 1972 abschloß. 1972 wurde Mag. Kukacka Referent der Landesparteileitung der ÖVP Oberösterreich, in den Jahren 1977-86 war er LandesparteiSekretär der ÖVP Oberösterreich. Weitere Funktionen: Abgeordneter zum Oberöster-

reichischen Landtag (1986-87), Generalsekretär der ÖVP (1987-90), Mitglied des Bundesrates (1988-90), Verkehrssprecher der ÖVP (seit 1990), Landesobmann-Stellvertreter der ÖAAB Niederösterreich, Mitglied des ORF-Kuratoriums (1986-99), Geschäftsführer der Ecomedia-Kommunikationssorschungs GmbH (1992-99), Verlagsleiter des Neuen Volksblattes (seit 1995), seit 1990 Abgeordneter zum Nationalrat.

Der Weg zur Regierungsfindung

Drei Monate im Zeitraffer

Der Wahlkampf war mit rund 12 Wochen zwar recht kurz, aber heftig. Die ersten Gespräche fanden bereits am 25. November, dem Tag nach der Wahl, in der Wiener Hofburg statt, wohin Bundespräsident Dr. Thomas Klestil die Parteichefs Dr. Wolfgang Schüssel (VP), Dr. Alfred Gusenbauer (SP), Mag. Herbert Haupt (FP), Prof. Dr. Alexander Van der Bellen (Grüne) und auch Wiens Bürgermeister und Landeshauptmann Dr. Michael Häupl (SP) geladen hatte.

Kurz darauf, am 28. November, akzeptierte das Staatsoberhaupt dann traditionsgemäß den Rücktritt der amtierenden Regierung und betraute das Kabinett Schüssel I mit der Fortführung der Geschäfte. Damals ging Schüssel davon aus, daß zu Weihnachten bereits eine neue, stabile Regierung feststehen könnte.

Erste Gespräche

Bundeskanzler Schüssel hatte die Oppositionschefs Dr. Alfred Gusenbauer (SP), Mag. Herbert Haupt (FP) und Prof. Dr. Alexander Van der Bellen (Grüne) unmittelbar nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses zu Gesprächen eingeladen, die zwar von allen dreien wahrgenommen wurden, allerdings mit sehr unterschiedlichen Positionen. Sowohl SPÖ als auch die Grünen hatten aber parteiintern noch keine Einigung gefunden, ob der Verbleib in der Opposition der richtige Weg sei, oder ob eine Regierungsbeteiligung das Einhalten der gegebenen Wahlversprechen eher ermögliche.

Drei Wochen nach der Wahl: Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel blieb bei seinem ursprünglichen Standpunkt, die Gespräche mit den anderen Parteien in Ruhe zu führen. Die FPÖ bemühte sich sehr, dem ehemaligen Koalitionspartner Stabilität zu beweisen, obwohl dies nicht so recht zu gelingen schien. Zu sehr schwelten parteiinterne Spannungen. FP-Chef Mag. Herbert Haupt hatte mittlerweile den harten Ton der ÖVP gegenüber stark zurückgenommen, wie es auch sonst recht besonnen zugeht. Die SPÖ konnte sich weiterhin eine große Koalition mit der ÖVP vorstellen, obwohl deren stellvertretender Vorsitzender, Dr. Heinz Fischer, der ORF-Presserstunde am 14. Dezember feststellte, seine Partei wolle sich derzeit nicht festlegen, ob sie in die Regierung gehen oder in

der Opposition bleiben möchte. Die Grünen unter Bundessprecher Prof. Dr. Alexander Van der Bellen hatten sich doch darauf geeinigt, in ernsthafte Sondierungsgespräche mit der ÖVP einzutreten, allerdings sollte diese ihrerseits vorher die laufenden Gespräche mit der FPÖ abbrechen.

Allgemein rasche Entscheidung erwartet

SPÖ, FPÖ und Grüne erwarteten von Schüssel, daß er sich rasch entscheiden sollte. Aus der ÖVP hieß es indessen, man lasse sich keinesfalls vorschreiben, wie die weitere Entwicklung inhaltlich und terminlich aussehen sollte.

Am 23. Dezember fand im Bundeskanzleramt am Wiener Ballhausplatz ein Vier-Augen-Gespräch zwischen Bundeskanzler Schüssel und SP-Chef Gusenbauer statt, in dem über eine weitere Annäherung der beiden Großparteien zwecks Verhandlungen über eine gemeinsame Regierung beraten wurde. Gusenbauer stellte in anschließenden Interviews fest, dieses Gespräch sei eine gute Grundlage für weitere gewesen. Weitere Gespräche sollten nach dem Drei-Königs-Tag geführt werden. Die Entscheidung, zwischen welchen Parteien Regierungsverhandlungen geführt würden, müßte dann irgendwann getroffen werden, so Gusenbauer wörtlich. Es sei versucht worden, ein Problemverständnis für die großen Fragestellungen zu finden. So sei über die Themen Gesundheit, Staatsreform oder Pensionen diskutiert worden. Gusenbauer wies aber darauf hin, daß übertriebene Spekulationen über den weiteren Fortgang der Gespräche fehl am Platz seien. Nach Drei-König müßte klar sein, welche Partner weiter verhandeln würden. Eine Zusammenarbeit der großen Parteien habe nur dann einen Sinn, wenn es auch große Reformen gebe und wenn die Bevölkerung dahinter stehe.

Die FPÖ suchte ebenso konsequent den Weg in die Regierung, wie die Grünen weiterhin darauf beharrten, erst dann mit der ÖVP sprechen zu wollen, wenn die Freiheitlichen unwiderruflich als neuerliche Koalitionspartner ausgeschlossen wären.

Am Tag vor Weihnachten war schon davon auszugehen, daß eine Regierungsbildung bis weit in den Jänner hineinreichen würde.

Knapp zwei Wochen nach Gusenbauers Gespräch mit Schüssel war das Entscheidungsgremium der SPÖ – das Präsidium der Partei – zu einer Klausur zusammengetroffen, um gemeinsam die Bedingungen für weitere Gespräche mit der ÖVP zu beschließen. ÖVP-Generalsekretärin Maria Rauch-Kallat stellte fest, die Aussagen Gusenbauers hätten für die ÖVP weder wirkliche Ergebnisse, noch neue Erkenntnisse gebracht. Die Beratungen der SPÖ hätten wenig Veränderungsbereitschaft gezeigt, denn die halte offensichtlich nach wie vor unverrückbar an den Wahlaussagen fest. Positiv anzumerken sei, daß sich die SPÖ nicht ihrer Verantwortung entziehe und weiterhin zu Gesprächen bereit sei, wenngleich die Bedingung auf Ausschließlichkeit die Gesprächsbasis erschwere. Die Aufgabe der ÖVP sei es, aufgrund des Verhandlungsauftrages des Bundespräsidenten eine tragfähige und reformfreudige Regierung zu bilden. Daher müsse die ÖVP alle Möglichkeiten ausloten, mit welcher Partei das beste Ergebnis für das Land und seine Menschen zu erzielen sei.

Zeichen zeigten auf VP/SP

Mitte Jänner, nach Gesprächen, die die Parteien miteinander, als auch intern geführt haben, standen dann die Zeichen ziemlich eindeutig auf Schwarz-Rot. Deutlichster Hinweis darauf war ein Vier-Augen-Gespräch zwischen Schüssel und Gusenbauer, nach dem von beiden Seiten betont wurde, wie wichtig es wäre, die anstehenden großen Probleme mit einer breiten parlamentarischen Mehrheit zu lösen. Dazu zählten die Reformierung des Pensions- und des Gesundheitswesens ebenso wie die dringende nötige Entrümpelung der österreichischen Verfassung. Diese ist in den Jahrzehnten durch so viele Einzelgesetze aufgebläht worden, daß sie für gestandene Verfassungsjuristen als unzumutbar gilt. Als ebenso wichtig steht eine umfassende Bundesstaatsreform auf der to-do-Liste einer künftigen Regierung. Hier geht es um eine in allen Bereichen rationelle Neuordnung von Aufgaben und Kompetenzen von Bund und Ländern. Es stellt sich die Frage, welche Berechtigung den Landtagen und dem Bundesrat in der Gesetzgebung überhaupt noch zukommt, die teils vom Europäischen Rat, teils

Die neue Regierung

von der Bundesregierung dominiert ist. Wobei es hier nicht nur um das dringend notwendige Ausschöpfen zusätzlicher Einsparungspotentiale geht, sondern auch um die Vereinfachung der Administrative selbst. Der Ruf nach einer Regierungskonstellation, die – sozusagen „ohne Widerrede“ – entsprechende (Gegen)Maßnahmen beschließt und sofort umsetzt, wurde immer lauter. Viele hochrangige Persönlichkeiten sprachen sich – mehr oder weniger deutlich – für eine große Koalition aus, viele Landespolitiker der SPÖ waren aber – mehr oder weniger deutlich – dagegen. Es würde, davon ging man damals aus, also wohl noch einige Tage dauern, bis Gusenbauer die Skeptiker von seiner Linie überzeugen könnte, daß da große Aufgaben warteten, die nur mit der SPÖ als Regierungspartner zu lösen seien. Die Bevölkerung jedenfalls signalisierte mit mehr als 50 Prozent bereits deutliche Zustimmung.

Auch die Grünen waren bereit zu regieren

Überraschenderweise wären nach vorhergegangenen Absagen die Grünen bereit gewesen, mit der ÖVP in neuerliche Gespräche einzutreten, sollte es zu keiner Einigung zwischen ÖVP und SPÖ kommen. Allerdings, so meinte der Bundessprecher der Grünen, Dr. Alexander van der Bellen, damals, diese dürften dann keine Sondierungs-, sondern nur ernsthafte Koalitionsgespräche sein.

Die FPÖ sah Schwarz-Rot naturgemäß als Rückfall in alte Zeiten. FP-Obmann Mag. Herbert Haupt war freilich bereit, in Regierungsverhandlungen einzusteigen. Doch herrschten noch immer innerparteiliche Spannungen, die Schlüssel scheinbar zu wenig Kontinuität boten, um den (ehemaligen) Koalitionspartner zu präferieren.

Nach intensiven Verhandlungen und Gesprächen innerhalb der SPÖ, in denen deren Vorsitzender Dr. Alfred Gusenbauer versuchte, den Widerstand aus Teilen seiner Partei zu verringern, stand im letzten Drittel Jänner soviel fest: Wenn die SPÖ die Gespräche aufnimmt, wird sich herausstellen, wie die beiden großen Parteien willens / imstande sein würden, sich von – vor der Wahl definierten – Standpunkten / Forderungen zumindest teilweise zurückzuziehen / zu verabschieden. Oft war aus der SPÖ zu hören gewesen, man sei schließlich knapp 1,8 Mio Wählern verpflichtet und könne auf Einhaltung von Wahlversprechen nicht verzichten. Nur ging es der ÖVP ebenso, sie ist knapp 2,1 Mio Wählern im Wort. Also war es für beide not-



Sondierungsgespräch zwischen ÖVP und SPÖ auf Delegationsbasis. Im Bild vorne das ÖVP-Verhandlungsteam VP-Verhandlungsführer, BPO, BK Wolfgang Schüssel (L), LH Waltraud Klasnic. Hinten das SPÖ-Verhandlungsteam v.l.n.r.: BPV-Stv. Gabi Burgstaller, BPV-Stv., 2. Parlamentspräsident Heinz Fischer, SPÖ-Verhandlungsführer, Parteivorsitzender Alfred Gusenbauer, BPV-Stv. Barbara Prammer, BGM Michael Häupl



Sondierungsgespräch zwischen ÖVP und den Grünen. Im Bild vorne v.l.n.r.: das ÖVP-Verhandlungsteam VP-BPO, BK Wolfgang Schüssel, LH Waltraud Klasnic, Landwirtschaftsminister Wilhelm Molterer, Hinten das Grüne-Verhandlungsteam v.l.n.r.: Daniela Graf (Grüne Bildungswerkstatt), Franz Floss (Bundesgeschäftsführer), Madeleine Petrovic, (stv. Klubobfrau), Grüne-Verhandlungsführer, Bundessprecher Alexander Van der Bellen, stv. Bundessprecherin Eva Glawischnig, Karl Öllinger, (stv. Bundessprecher), Johannes Rauch (LABg. VlbG, Schriftführer)

wendig, sich in den wesentlichsten Fragen aufeinander zuzubewegen. Wozu – und damit ließ Prof. Dr. Alexander Van der Bellen aufhorchen – nun auch die Grünen wieder bereit wären: Man sei für ernsthafte Verhandlungen mit der ÖVP offen und würde sich nicht auf einzelne Fragen festlegen, wenn es ein vertretbares Gesamtpaket gebe. Schließlich habe man immer wieder gefordert, eine neuerliche Koalition von Schwarz und Blau zu verhindern. Sollte also die SPÖ keine Regierung mit der ÖVP bilden wollen, wäre man gefordert.

FPÖ sieht Koalitionschance bei nur 30 Prozent

Währenddessen bemühte sich die FPÖ deutlich, der ÖVP zu beweisen, wie wichtig eine Fortführung der bisherigen gemeinsamen Arbeit wäre, obwohl deren Obmann, Sozialminister Mag. Herbert Haupt, diese Chancen auf nur mehr 30 Prozent einschätzte. Dies schien insofern realistisch, da die FPÖ den meisten führenden VP-Mitgliedern als Partner noch immer nicht ausreichende Verlässlichkeit bot.

Die neue Regierung

In der letzten Jännerwoche hat schließlich der Bundesparteivorstand der SPÖ mit nur sechs Gegenstimmen beschlossen, seinen Vorsitzenden, Dr. Alfred Gusenbauer, zu beauftragen, mit der ÖVP in Koalitionsverhandlungen einzutreten. „Aus Sicht der SPÖ können die Regierungsverhandlungen gleich morgen beginnen“, erklärte Gusenbauer im Anschluß an die Vorstandssitzung. Und bezeichnete die Tatsache, daß es zwei Monate nach der Wahl noch immer keine Regierungsverhandlungen gebe, „als starkes Stück“, für das Bundeskanzler und ÖVP-Bundesparteiohmann Dr. Wolfgang Schüssel die Verantwortung trage. Dem aufmerksamen Beobachter fiel aber auch auf, daß die SPÖ selbst erst am 14. Februar während eines außerordentlichen Bundesparteitages endgültig entscheiden wollte, ob eine Regierungsbeteiligung überhaupt in Frage komme.

Schüssel zeigte sich vom Inhalt der SP-Beschlüsse enttäuscht. Der Eindruck der letzten Tage sei, so der Kanzler damals, daß von Seiten der Sozialdemokraten ständig Bedingungen gestellt würden. „Wer mit uns verhandelt, darf keine Bedingungen aufstellen. Das Wahlergebnis drückt die Sehnsucht nach einer rot-weiß-roten Handschrift im Interesse des Landes, im Interesse einer mutigen, aber zugleich sensiblen und verantwortungsbewußten Veränderungspolitik aus“, so der Bundeskanzler. Im Grunde genommen standen die beiden Parteiprogramme von ÖVP und SPÖ gegenüber / gegeneinander. In schwerwiegenden Fragen, wie etwa der Reform von Gesundheits- und Pensionssystem, sah sich die SPÖ in einer Doppelmühle: Man war sich der Notwendigkeit der Reformen völlig bewußt, wußte allerdings nicht, wie man dies ohne die – sozialdemokratisch dominierte – Gewerkschaft (die naturgemäß vehement gegen Verschlechterungen auftritt) und ohne Verständnis aus der Basis umsetzen solle. Als Regierungspartner würde sie Mitschuld an allen Einschnitten und „Grauslichkeiten“ tragen, wie dies oft leicht verharmlosend bezeichnet wird. Dazu kommen bevorstehende Wahlen: am 9. März Gemeinderatswahlen in Kärnten, Ende März Landtagswahlen in Niederösterreich, im September ist Oberösterreich an der Reihe. Und die will naturgemäß keiner verlieren. Deshalb galt die Sorge auch einem möglicherweise abhanden kommenden Sündenbock. Würde sich die SPÖ verweigern und in Opposition bleiben, würde sie den Vorwurf nicht los, sie habe die Dringlichkeit der Sanierungsmaßnahmen nicht erkannt resp. würde diese blockieren.



Sondierungsgespräch zwischen ÖVP und FPÖ. Im Bild vorne v.l.n.r.: das ÖVP-Verhandlungsteam GS Maria Rauch-Kallat, VP-BPO, BK Wolfgang Schüssel, LH Waltraud Klasnic, hinten: das FPÖ-Verhandlungsteam: Hubert Gorbach, NR-Präsident Thomas Prinzhorn, BM Herbert Scheibner, FPÖ-Verhandlungsführer, Parteiohmann, Sozialminister Herbert Haupt, Magda Bleckmann, Jörg Freunschlag, GS Karl Schweitzer

VP/SP abgekühlt

Und damit waren die gegenseitigen Sympathien der beiden großen Parteien wieder einigermaßen abgekühlt, die ÖVP sondierte wieder mit den Grünen und der FPÖ. Der Bundessprecher der Grünen, Prof. Dr. Alexander Van der Bellen, war durchaus bereit, mitzuregieren, „wenn das Paket stimmt“. Eine schwarz-grüne Regierung wäre eine ganz neue Variante gewesen, die wohl für beide Beteiligten einige Risiken in sich geborgen hätte. Wie kooperativ, so fragte man sich damals, könnte die ÖVP etwa bei einem der Kernanliegen der Grünen, dem Asylrecht, sein? Wie kooperativ könnten die Grünen sein, wenn die ÖVP vorrangige Themen wie die Landesverteidigung (hier vor allem: in der Luft) umsetzen will?

Dringlichkeit durch Präsidenten und Öffentlichkeit

Anfang Feber waren drei Viertel der vom Institut Market befragten Österreicher der Meinung, es sei jetzt ausreichend sondiert, es sei an der Zeit, dem Land eine Regierung zu geben. Was Wähler und Kommentatoren mehr oder weniger verhalten formulierten, stellte Bundespräsident Dr. Thomas Klestil in einem Interview mit dem Magazin „news“ fest: Es gebe einen klaren Auftrag nicht zur Sondierung, sondern zur Bildung einer Regierung. Und der APA gegenüber meinte das Staatsoberhaupt, Schüssel habe bereits am zweiten Tag nach der Nationalratswahl den Auftrag zur Bildung einer Bundesregierung

erhalten, nachdem die ÖVP gemäß dem Wahlergebnis mit jeder der drei anderen Parteien im Nationalrat eine Mehrheit erreichen könnte.

Termin steht erstmals fest

Und am Sonntag, den 2. Feber, gab es dann auch einen Termin für eine Koalitionsbildung: den 20. Feber. An jenem Donnerstag sollte die neue Regierung stehen. Nur: wen der Bundeskanzler letztendlich zum Regierungspartner machen wollte, war noch nicht heraus. Eine Minderheitsregierung kam für die ÖVP nach wie vor nicht in Frage, obwohl dies seit der Zustimmung der FPÖ zu einem provisorischen Budget vielfach vermutet wurde.

Die Wahrscheinlichkeit für eine große Koalition, also ÖVP-SPÖ, sank auf Null. Zu sehr verhärtet waren die Positionen der zwei großen Parteien, die beide nicht auf die Umsetzung der eigenen Prioritäten verzichten konnten / wollten, zu sehr hatte man die Forderungen im Wahlprogramm des anderen mit nachvollziehbaren Gegenargumenten zu entkräften versucht, um nun durch bloßes Akzeptieren zur Tagesordnung übergehen zu können. Obwohl sich Gusenbauer sehr bemüht hatte, seiner Partei eine Regierungsbeteiligung schmackhaft zu machen, stieß diese nach wie vor, ja zunehmend, auf Ablehnung. Spitzenfunktionäre wie Wiens Bürgermeister Dr. Michael Häupl oder der Zweite Nationalratspräsident Dr. Heinz Fischer, begründeten dies, bei der ÖVP gebe es zu-

Die neue Regierung

wenig Bereitschaft, sich „zu bewegen“. Die ÖVP attestierte dies umgekehrt. Niederösterreichs Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll in einem Interview: es hätte längst eine Regierung mit der SPÖ geben könne, wäre dort nicht taktiert worden.

Deutlicher wurde Pröll zur Frage einer ÖVP-FPÖ-Koalition, die er als „staatspolitisch höchstes Risiko“ bezeichnete. Der Eklat in Knittelfeld (das dortige Delegiertentreffen löste im vergangenen September den Rücktritt des FP-Regierungsteams und dadurch die spätere Neuwahl aus), habe gezeigt, daß man das nicht noch einmal riskieren sollte. Das Risiko für die ÖVP, für ein neuerliches Scheitern verantwortlich gemacht zu werden, sei nicht tragbar.

Am Mittwoch, den 5. Feber, fand sich das Team der Grünen noch einmal zum Gespräch mit dem Verhandlungsteam der ÖVP ein. Die vergangenen Gespräche waren sehr positiv verlaufen, wie der stellvertretende Klubobmann der Grünen, Karl Öllinger, erklärte.

Grüne verhandeln Regierungsbeteiligung

Und kurz darauf, am 10. Feber, haben Regierungsverhandlungen zwischen ÖVP und Grünen begonnen. Dem ging eine Marathon-sitzung des Erweiterten Bundesvorstandes (EBV) der Grünen voraus, der die Bereitschaft der Grünen erklärte, die „politische Option einer Koalition mit der ÖVP ernsthaft zu prüfen und in Verhandlungen darüber einzutreten.“ Der EBV setzte dabei voraus, daß die ÖVP diese Verhandlungen als eine Partei der Mitte, auf der Grundlage eines christdemokratischen und sozialen Programms führt und nicht auf der Basis des „schwarz-blauen“ Wendeprojektes. Es wurde die Bereitschaft betont, im Rahmen von Verhandlungen zu einem tragfähigen gemeinsamen Regierungsprogramm zu kommen, dabei auch weitgehende Reformen mitzutragen und Kompromisse einzugehen. Die Grünen würden jedoch keinesfalls für eine Politik des Streichens, Kürzens und Abschaffens, von Nulldefiziten und des Abbaus statt des Umbaus des Sozialstaates zur Verfügung stehen.

BK Schüssel meinte zu dieser Entwicklung, die ÖVP werde sich auf die Verhandlungen mit den Grünen konzentrieren, seitens derer habe es „wichtige Klarstellungen“ auf Basis des Vorstandsbeschlusses gegeben.

Beim Budget war man sich einig, einen eisernen Sparkurs zu verfolgen. Wie würde die ÖVP jedoch damit umgehen, zusätzliche

Mittel für Bildung und Forschung, Frauen, Klimaschutz und Behinderte freizumachen? Würde es der ÖVP gelingen, eine Einigung für die Anschaffung der geforderten Abfangjäger zu erreichen? Wie würde das Problem „Asylpolitik“ zu lösen sein, das immer wieder zu schweren Verstimmungen geführt hatte? Würde es eine österreichische Variante der deutschen Öko-Steuer geben? Könnte die Abschaffung der Frühpensionen, wie von der ÖVP ab 2004 gefordert, umgesetzt werden? Würde der sich damals abzeichnende Konsens in Fragen der Gesundheitspolitik halten?

Fragen über Fragen, die möglicherweise bis Ende Februar beantwortet sein könnten. Denn bis dahin, so Schüssel, könnte eine Regierung stehen. Die Gespräche mit den Grünen sollten problem- und sachorientiert verlaufen und danach sollte Klarheit bestehen, so Schüssel weiter. Innerhalb der Grünen seien in jüngster Zeit Entwicklungen in Gang gekommen, die den Weg in Richtung Verhandlungen möglich gemacht hätten. Auf eine entsprechende Frage sagte der Kanzler, die Grünen hätten wie auch SPÖ und FPÖ „eigene Prioritäten“. Ein möglicher Unterschied zur SPÖ sei, daß die Sozialdemokraten immer Bedingungen statt gemeinsame Lösungen in den Vordergrund gestellt hätten. Die ÖVP wolle sich auf die Lösung der Probleme festlegen. Dabei hätte man einen Pflicht-, Kür- und einen Innovationsbereich. Dies bedeute mehr als die Reduktion auf die Farben Rot, Blau oder Grün.

SPÖ bleibt vorerst in Wartestellung

Während also Schwarz und Grün verhandelten, hatte die SPÖ ihren Bundesparteitag abgesagt. Dieser hätte die Aufgabe gehabt, die Verhandlungsergebnisse von ÖVP und SPÖ abzusegnen, um so eine große Koalition zu ermöglichen. So manche Sozialdemokraten sind mit der Entwicklung der Dinge gar nicht so unzufrieden, hatte doch Gusenbauer einiges an Widerstand innerhalb seiner Partei überwinden müssen, um überhaupt in konkretere Gespräche mit der ÖVP einzutreten. Dr. Heinz Fischer urgierte schwarz-grüne Ergebnisse und stellte fest, Schüssel solle das Taktieren beenden. Auch könne er sich nicht vorstellen, daß es 12 Wochen nach der Wahl eine Regierung geben könne. Wiens Bürgermeister Dr. Michael Häupl rechnete nicht mit einer ÖVP / Grünen-Koalition, sondern mit Neuwahlen. Jeder wisse, was er sich gewünscht hätte. Aber die Zeit des

Wünschens sei vorbei, so Häupl, der in einem Kurier-Interview auch eine Wiederkehr von ÖVP/FPÖ für nicht mehr möglich hielt. Insgesamt sei, so Häupl, beim Beschluß der Grünen, für Verhandlungen bereit zu stehen, „viel Lyrik dabei. Da ist der Rahmen größer als das Bild“. Die aktuelle Situation hielt Häupl für „skurril“. Einen ganzen Wahlkampf lang habe man Rot/Grün für wahn-sinnig gehalten. Und jetzt sollten die Grünen plötzlich Charme haben. Der Landesvorsitzende der SPÖ Oberösterreich, Erich Haider, meinte in einer Aussendung, seine Partei sollte nach der Entscheidung der ÖVP für die Grünen kein zweites Mal für Verhandlungen zur Verfügung stehen. Und auch er meinte, würden diese Regierungsgespräche scheitern, sollte eher neu gewählt werden.

Die FPÖ konnte dieser auch in Europa neuen Konstellation von Schwarz/Grün nichts abgewinnen, wenn deren Generalsekretär Mag. Karl Schweitzer etwa fragte, wie denn eine ökosoziale Sicherheitspolitik, eine ökosoziale Zuwanderungspolitik und eine ökosoziale Arbeitsmarktpolitik aussehen sollten und erinnert, daß „an den ökosozialen Visionen einstens schon ÖVP-Obmann Riegler dramatisch gescheitert“ sei. Die stv. Bundesparteiobfrau der FPÖ, Magda Bleckmann, meinte, die Grünen seien anscheinend auch bereit gewesen, nach dem Motto „Von der Donnerstags-Demo auf die Regierungsbank!“ FPÖ-Inhalte voll und ganz zu akzeptieren. Schließlich handele es sich beim 10-Punkte-Programm der ÖVP doch zu 80 Prozent um Ideen und Vorschläge, die von der FPÖ seit Jahren eingefordert worden seien.

Grüne brechen nach 16 Stunden-Marathon ab

Am Sonntag, den 16. Feber, kurz vor 6 Uhr morgens, gab dann der von einem 16-Stunden-Marathon mit dem ÖVP-Team sichtlich abgespannte Bundessprecher der Grünen, Prof. Dr. Alexander Van der Bellen, das Scheitern der Regierungsverhandlungen bekannt. Den noch im Bundeskanzleramt verharrenden drei Journalisten gegenüber meinte er, man könne nicht jeden Preis zahlen für etwas, das man nicht gern habe. Van der Bellen berichtete von „erheblichen Fortschritten“ in manchen Bereichen. Letztlich hätten diese aber nicht ausgereicht. Als Konsequenz aus der fehlenden Einigung habe er dem erweiterten Bundesvorstand seiner Partei nicht empfohlen, den angesetzten Bundeskongreß einzuberufen. Dieser hätte sein Placet für die Bildung der schwarz-grünen

Die neue Regierung

Koalition geben sollen. Etwas überrascht seien, so der Chef der Grünen, seine Kollegen darüber gewesen, wie „wenig Bewegung“ die ÖVP in der jüngsten Vergangenheit gezeigt habe. Aber, so fügte er hinzu, vielleicht sei es der ÖVP ähnlich gegangen.

Erhebliche Fortschritte hatte es laut Van der Bellen in den Bereichen Umwelt, Ökologie und Klimaschutz gegeben. Keine Einigung hingegen habe man erzielt, wie eine von beiden Seiten als Notwendigkeit anerkannte „Pensionsstabilisierung“ zu erreichen sei. Offene Punkte habe es auch in Sachen Abfangjäger, Studiengebühren und Mitbestimmung an den Universitäten gegeben. Und schließlich stellte er fest, er müsse leider sagen, daß man für diesmal nicht zu einem gemeinsamen Koalitionsprogramm gekommen sei. Seine Stellvertreterin, Dr. Madeleine Petrovic, stellte fest, die Grünen wären zu einer zweiten Verhandlungsrunde mit der Volkspartei nicht bereit, es sei eigentlich völlig illusorisch.

Der Bundeskanzler meinte in einer ORF-Sendung zum Gesprächs-Abbruch durch die Grünen, die Zeit der Sondierungen sei vorbei, jetzt müsse entschieden werden.

Die Verhandlungen mit den Grünen seien so verlaufen, daß er, Schüssel, sehr zuversichtlich gewesen sei. Man hätte eine große Chance gehabt. Themen wie Umwelt, Nachhaltigkeit, Frauenpolitik, Integration oder Menschenrechte seien bereits außer Streit gestanden. Gescheitert sind die Gespräche schließlich daran, daß die ökonomischen Eckpunkte, das Pflichtprogramm der nächsten Regierung, seitens der Grünen nicht außer Streit gestanden sind. Man wäre aber verpflichtet, keine neuen Schulden auf sich zu nehmen und für die Stabilität des Euro zu sorgen. Schüssel bedauerte, daß „es nicht geklappt hat!“ Den Co-Verhandlern auf grüner Seite zollte er dennoch Respekt.

Er zog auch einen Vergleich zu den Gesprächen mit der SPÖ, in denen sich dramatische Unterschiede herauskristallisiert hätten – und das in Eckpunkten wie Gesundheitspolitik, Pensionen oder Sicherheitspolitik. Mit den Freiheitlichen gebe es unterschiedliche Ansätze wie etwa in der Europapolitik – aber er sei optimistisch, daß sich Lösungen finden lassen. Österreich brauche nun eine energische und stabile Regierung.

Diese Forderung hatte auch Bundespräsident Dr. Thomas Klestil erneut an den Kanzler gerichtet: Auf Anfrage der Austria-Press-Agentur (APA) stellte Klestil mit Bedauern fest, daß der nach der Nationalratswahl vom 24. November des Vorjahres erteil-



Am Freitag, den 28. Februar 2003, findet in der ÖVP-Zentrale in der Wiener Lichtentfelsgasse die Sitzung der ÖVP-Bundesparteivorstandes über die Ergebnisse der Regierungsverhandlungen mit der FPÖ statt. Im Bild v.L-R: Bildungsministerin Elisabeth Gehrler, ÖVP-Generalsekretärin Maria Rauch-Kallat, Bundeskanzler Wolfgang Schüssel mit Landwirtschaftsminister Wilhelm Molterer.

te Auftrag zur Bildung einer Bundesregierung nach fast drei Monaten noch immer nicht erfüllt wäre. Er erwarte, daß Schüssel nun möglichst rasch bekanntgebe, welche Koalitionsform er anstrebe. Klestil selbst wollte umgehend Gespräche mit den Chefs aller vier im Parlament vertretenen Parteien aufnehmen.

Fischer hielt nach dem Scheitern der Verhandlungen von Schwarz und Grün eine Neuauflage von Schwarz-Blau für die wahrscheinlichste Variante. Fischer betonte gleichzeitig die Bereitschaft der SPÖ für neuerliche Regierungsverhandlungen, die Beschlußlage der SPÖ sei nach wie vor aufrecht, die SPÖ sei bereit zu korrekten und fairen Verhandlungen auf der Basis ihres 12-Punkte-Programms. Die Bereitschaft zu Kompromissen und dazu, sich zu bewegen, vermisse er allerdings bei der ÖVP. Was die Volkspartei stets von allen anderen einfordere, löse sie selbst nicht ein. Fischer: Die ÖVP hielte sich für einen Fixstern, der sich nicht zu bewegen brauche.

Die Chancen für eine Einigung zwischen ÖVP und SPÖ wollte Fischer nicht beziffern. Er sah die Optionen für die ÖVP auf eine Koalition mit der FPÖ eingeschränkt. Eine Minderheitsregierung habe mit ganz erheblichen Widerständen auch in der ÖVP zu rechnen. Wenn Schüssel mit der FPÖ weitermachen wolle, müßte er zunächst auch

die Frage beantworten, warum es Neuwahlen geben mußte. Die SPÖ wolle, daß das Land eine gute Entwicklung nehme, und wolle dazu einen guten Beitrag leisten. Fischer fügte hinzu, die SPÖ sei so selbstbewußt zu sagen, daß sie dies sowohl in der Regierung als auch in der Opposition tun könne.

Neue Runde mit FPÖ

FP-Chef Mag. Herbert Haupt stellte fest, die Bereitschaft seiner Partei, tiefere Verhandlungen mit der ÖVP aufzunehmen, bedeute nicht, daß man eine Regierungsbeilegung „um jeden Preis“ suche. Der Ball liege bei Schüssel, man sehe keinen Grund, sich „vorzudrängen“. Der Gesprächsfaden zur ÖVP sei in den letzten Tagen und Wochen nie abgerissen, es habe laufend Vier-Augen-Gespräche über die Bildung einer neuen Regierung auf verschiedenen Ebenen gegeben.

Dann hat der Parteivorstand der Österreichischen Volkspartei nach langen ausführenden Diskussionen mit überwältigender Mehrheit eine Entscheidung getroffen: Es werden die Verhandlungen zur Bildung einer neuen Bundesregierung mit der Freiheitlichen Partei aufgenommen. Das sagte Bundeskanzler Schüssel nach dem Parteivorstand der ÖVP am Donnerstag, den 20. Februar.

Die neue Regierung

Er, Schüssel, habe in den vergangenen Tagen sowohl mit Alfred Gusenbauer als auch mit Herbert Haupt intensive Gespräche geführt. Mit beiden seien Themenblöcke genau analysiert worden. Die Kernfragen im Sinne des Reformprogramms für Österreich, welches Schüssel zu Beginn des Jahres vorgelegt habe, bedeuteten ein klares Ja zu Europa. Die ÖVP habe sich auch vorgenommen, den Weg eines stabilen Budgets ernsthaft weiter gehen zu wollen, obwohl die Konjunkturlage erfordere, daß in der jetzigen Situation mit Arbeitsplatzmaßnahmen und konjunkturbelebenden Maßnahmen gegenzusteuern.

Er glaube, daß die FPÖ ein stabiler Partner sein werde, sagte der Bundeskanzler. Er rechne damit, daß nach den internen Klärungen der letzten Tage auch der Klub der Freiheitlichen künftige Entscheidungen mittragen werde, worauf es schlußendlich auch ankomme.

Zur Frage, warum die SPÖ schließlich ausgeschieden sei, meinte Bundeskanzler Schüssel, innerhalb der SPÖ seien viele unterschiedliche Fragen aufgekommen. Alfred Gusenbauer habe ganz anders formuliert als die Sozialpartner oder manche Ländervertreter dies getan hätten. Das habe kein stabiles und kohärentes Bild der SPÖ ergeben. Der Wille wäre und sei bei Alfred Gusenbauer vorhanden gewesen, aber er, Schüssel, bräuchte die Klarheit, daß wirklich die ganze Partei den Weg mittrage und daß es hier kein Zögern gebe.

Unverständnis und Zweifel

Angesichts der Entscheidung des ÖVP-Bundesvorstandes für eine Fortsetzung von Schwarz-Blau stellte die stellvertretende SPÖ-Vorsitzende, Niederösterreichs Parteichefin Heidemaria Onodi die Frage, warum eigentlich im Oktober letzten Jahres gewählt werden mußte. Allerdings habe bereits die Packelei bei der Erstellung des Budgetprovisoriums sowie die kontinuierlichen Einzelverhandlungen zwischen ÖVP und FPÖ seit Dezember hier den Weg Schüssels vorgezeichnet, so Onodi. Die Freiheitlichen seien die einzige Partei, die nahezu bedingungslos den Juniorpartner der Konservativen spielen würden, erklärte Onodi weiter. Anscheinend wolle ÖVP-Chef Schüssel einen willfähigen Koalitionspartner, der zu allen Plänen der ÖVP Ja und Amen sage.

Nach Ansicht von FPÖ-Bundesobmann Herbert Haupt haben die Österreicher lange genug auf eine Regierung gewartet. Die Freiheitlichen werden nun „zügig, aber intensiv und verantwortungsbewußt“ mit der ÖVP in Verhandlungen eintreten, so Haupt am Donnerstag, den 21. Feber.

In einer Aussendung meinte der Bundeskanzler am Montag, den 24. Feber, einige wesentliche Teilbereiche wie die Demokratie- und Staatsreform oder etwa der Bereich Bildung und Forschung stünden in den Gesprächen mit der FPÖ bereits außer Streit. In anderen Fragen gebe es noch Ge-

sprächsbedarf. In der montägigen Plenarrunde seien alle Themenbereiche wie Europäische Union, Budget- und Steuerentlastung, Bildungs- und Forschungsoffensive, innere und äußere Sicherheit, Pensionssicherung, Gesundheitsfinanzierung, Wirtschaftsstandort Österreich sowie Staats- und Verwaltungsreform durchgesprochen worden. Es herrsche Konsens, daß man in den nächsten Tagen in diesen Bereichen zu einem Abschluß kommen wolle. Die offenen Fragen seien nicht unüberbrückbar, aber es gebe eine unterschiedliche Herangehensweise. Das sei noch auszudiskutieren, so Schüssel.

Europa und USA haben praktisch nicht reagiert

In Europa hat man den von der ÖVP eingeschlagenen Weg zur Regierungsbildung, völlig unaufgeregt zur Kenntnis genommen. Auf jeden Fall ausgeschlossen ist, daß es – so wie im Frühjahr 2000 – zu irgendwelchen Sanktionen kommen oder solche in irgendeiner Form auch nur angedeutet würden. Selbst Belgiens Außenminister Louis Michel, der ja zu unseligen Zeiten in etwa meinte, Skifahren in so einem Österreich wäre unmoralisch, sah keinen Grund zur Sorge. Dieses Bild spiegelt sich auch in Kommentaren namhafter europäischer Medien wider, die in einer neuerlichen Regierungsbeteiligung der FPÖ weder einen Anti-EU-Kurs noch sonstige Gefahr erkennen konnten. Was ja nicht immer so war. ■